

Arbeiter-Zeitung

Wahl
Beitrag für den
Wahlfonds

Beitrag für den
Wahlfonds der
Agitiert für die
Liste 4

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

10. Kerschauer Str. 50. Tel. 500 22
A. W. -Battion: Breslau, Kerschauer
Str. 11. Tel. 1284
17-18 Uhr. Stilllegungsbilanz
4086; Dypeln, Adalbertstr. 11. Tel. 1284
Breslau, Kerschauer Str. 11. Tel. 1284
Sachverwalter: Breslau. Verlagsort: Breslau. — Verlag: Schöler, Ver-
lagsgesellschaft, m. b. H., Breslau. — Druck: „Neudruck“, G. m. b. H., Breslau.

Oppositionelle G.A.Z.-Konferenz erklärt:

Keinen Handschlag mehr für die Partei Börgiebels / Wir stürmen vorwärts mit der Partei Lenins

Die Rebellion im Lager der Sozialdemokratie greift immer weiter um sich. Trotz aller Verleumdungen gegen die kommunistische Partei erkennen ehrliche Proleten immer mehr, daß die SPD.-Führer der Arbeiterklasse nicht helfen wollen und helfen können. Ebenso ist es unter den Jungproleten. Obwohl die Führer der G.A.Z. mit braunlicher Strenge jede oppositionelle Bewegung zu unterbinden suchen, erfährt auch hier die Rebellion immer weitere Kreise der Jugend. Sie wollen, getrieben von der wirtschaftlichen Not auf der einen Seite und empört durch die immer frecher werdenden Faschisten auf der anderen Seite, vorwärts kämpfen. Aber sie sehen sich auf Schritt und Tritt gehemmt. Statt Kampf bietet man ihnen Spiel und Tanz. Aus der Empörung über diesen Kurs entstand der Wille unter den oppositionellen Jungproleten, eine Konferenz zu veranstalten, um zu beraten, wie dieser Wille zum Kampf in die Tat umgesetzt werden kann. Diese Konferenz fand am vergangenen Sonntag, dem Tag, an dem das revolutionäre Weltproletariat seinen Jugendtag abhielt, in Leipzig statt. Ein Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes hielt ein Referat, welches von den Teilnehmern mit Begeisterung aufgenommen wurde. Es herrschte ein entschlossener Kampfeswille, der sich an der Diskussion. Es herrschte ein entschlossener Kampfeswille, der seinen Niederschlag in dem nachfolgenden Aufruf an alle Jungproleten Schlesiens, die noch in der G.A.Z. und im Jungreichsbanner sind, fand.

Offener Brief der Konferenz oppositioneller Mitglieder und Funktionäre der G.A.Z. an die Mitglieder der G.A.Z. und des Jungbanners!

Liebe Genossen! Aus sieben Ortsgruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Jungreichsbanners Schlesiens sind wir zusammen gekommen, um zu den Fragen des Kampfes der proletarischen Jugend Stellung zu nehmen. Wir wissen, daß innerhalb der G.A.Z. und des Jungreichsbanners Schlesiens insbesondere in den letzten Wochen eine wachsende Rebellion gegen die Politik der SPD. und der G.A.Z.-Führer vor sich geht. Wir selbst gehören ja zu denen, die schon lange nicht voll einverstanden waren mit der arbeitserindlichen Politik der Führer. Nicht nur wir, sondern auch ihr alle wißt, daß jedem von uns mit den gemeinsten Mitteln geantwortet wird, wenn wir kämpfen gegen den Arbeiterverrat der SPD. und G.A.Z.-Führung. Aber wir haben die Überzeugung, daß es ein notwendiger Schritt ist, den wir alle Jungproleten in der G.A.Z. tun müssen, und zwar einen Schritt, der alle Faschisten, die unsere demokratische Arbeit unterdrücken, und unsere Lieblinge Genossen, die offen Stellung nahmen gegen den sozialfaschistischen Kurs der G.A.Z.-Bürokratie, den Ausschluß voll-

zogen hat. Der Genosse Werner Dieckhoff wurde ausgeschlossen, weil er Börgiebel und die anderen Vertreter der SPD. Sozialfaschisten und Arbeiterverräter genannt hat. Die G.A.Z.-Bürokratie soll sich darüber klar sein, daß der Liebling Genosse nicht der einzige ist, der diese Bezeichnungen gegen die „Herren Genossen Minister“ führt. Auch wir und viele von euch, die diesen Brief lesen werden, sind derselben Auffassung.
Die Interessen der gesamten Arbeiterjugend verlangen es, daß wir Schluß machen mit der heimlichen Unzufriedenheit. Es ist eine geschichtliche Notwendigkeit, daß wir den Bruch mit der Partei des Arbeiterverrates vollziehen.
Heute sehen wir wieder eine schamlose Heuchelei und Lüge der sozialdemokratischen Führer. Jetzt sind wieder Wahlen und da haben man wieder radikale Phrasen. Alles ist nur Betrug. Was haben sie getan? Statt Kinderpeinigung wurden Panzerkreuzer gebaut. Der Wehrhaushalt wurde vergrößert und sogar um Millionen erhöht. Die jugendlichen Arbeiter sind bis zu 21 Jahren über der Erde unterdrückt.
Im Auftrag der Kapitalisten. Das ungeheuerliche Verbrechen, das die SPD. und G.A.Z.-Führer; sie treten für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein, die uns Jungarbeiter in die Zwangsarbeit zur größtmöglichen Ausbeutung und Militarisierung bringen soll. Was haben 4 Minister und 153 SPD.-Mandate dem deutschen Proletariat gebracht? Ihr spürt es alle Tage selber. Die SPD. hat der faschistischen Diktatur den Weg bereitet. Heute schreien sie: „Kampf gegen Faschismus.“ Das sagen sie in Worten und in der Tat fördern sie überall offen und verlappt den Faschismus. Die Arbeiter kämpfen in Massen gegen den Faschismus. Nicht die SPD.-Führer mobilisieren sie, sondern wir müssen sagen:
einzig und allein die kommunistische Partei und der kommunistische Jugendverband hat die Arbeitermassen zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus aufgerufen und geführt.
Die sozialdemokratischen Führer lassen auf der Straße gegen die kämpfende Arbeiterklasse schießen. Erinnert euch an Danzau. Sozialdemokratischer Landrat gibt Befehl zum Feuern, weil die Arbeiter gegen die Faschisten demonstrieren. Ergebnis:
3 Proletarier sind tot. Das ist die Tat.
Das Volk in Deutschland kann keine Parlamentsmehrheit besitzigen. Das Volk besitzigt nur die zusammengeschlossene Kraft der Arbeitermassen in Stadt und Land unter Führung der kommunistischen Partei und des kommunistischen Jugendverbandes.
Sozialdemokratische Jungarbeiter, Kameraden im Jungreichsbanner. Wir jungen Proleten, jungen Arbeiterinnen fühlen täglich die kapitalistische Krute. Wir haben gemeinsame Interessen. Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterverrates und ihrer Jugendorganisationen.
Wir werden in den nächsten Wochen in alle Orte Schlesiens gehen und werden dort die Fahne der Rebellion weiter entfalten und überall vor der gesamten Jungarbeiteröffentlichkeit über den Arbeiterverrat der SPD. und der G.A.Z.-Führer sprechen.
Unsere oppositionelle Konferenz ist eine Konferenz der Anklage gegen den Arbeiterbetrug und Verrat. Wir jammern aber nicht, sondern schreiten gemeinsam mit den anderen Jungarbeiterinnen und Jungarbeitern zur revolutionären Tat.
Wir machen Schluß mit der Zugehörigkeit zur Organisation des Arbeiterverrates. Wir reihen uns ein in die revolutionäre Massenfront. Wir werden gemeinsam mit den Millionen Massen der revolutionären Arbeiterklasse Deutschlands für ein Sowjetdeutschland kämpfen.

Wer macht Einheitsfront mit den Nazi?

Die Koalitionsgenossen des faschistischen Zentrums — der Schutzgarde der Staatspartei, der Partei der Gießhüttenbesitzer, der Mechterstädter Arbeitermörder — schwindeln vom Bündnis der Kommunisten mit dem Hakenkreuz!

In der Nacht von Donnerstag zu Freitag vorige Woche wurde in Köln ein Kommunist von einem Nazi ermordet. Ein Bruder des Ermordeten war ebenfalls vor vier Wochen von Nazis erschlagen worden. Am vergangenen Sonntag wurde in M o h r i n bei K ö n i g s b e r g ein Berliner Kommunist beim Flugblattverteiler von einem Nationalsozialisten ermordet. Am gleichen Tage fand ein Zusammenstoß von Nationalsozialisten und Kommunisten in H a m b u r g statt. Ergebnis: 10 Schwerverletzte und ein toter Nazi.
Das vorstehende Ergebnis des Wahlkampfes innerhalb drei Tagen ist ganz bestimmt nicht vollständig. Wollten wir uns der Mühe unterziehen, die Zeitungen während des Wahlkampfes auf solche Mitteilungen wie oben nachzuprüfen, wir würden mit positiver Bestimmtheit eine achtseitige Zeitung mit solchen Meldungen ausfüllen können. In Thüringen, wo Fried regiert, veranstaltet die Galantkreuzpartei überhaupt keine Versammlungen mit Diskussion mehr, aber nicht etwa wegen den Sozialdemokraten, denn diese haben offiziell für ihre Parteianhänger die Parole herausgegeben, keine Nazi-Versammlungen zu besuchen, trotzdem sie die stärkste Partei in Thüringen sind. Die Kommunisten aber haben trotz der Fried-Politik schon Dutzende Versammlungen auseinandergelassen; unsere Partei ist dort wie auch sonst im Reich die einzige Partei, die den Kampf sowohl im Parlament als auch außerhalb derselben führt. Das sind Tatsachen, keine Behauptungen, und darin unterscheiden wir uns von den Sozialfaschisten im Kampfe gegen das Galantkreuz. Daß solche Tatsachen der SPD. unangenehm sind, können wir verstehen, nicht zuletzt deshalb, weil wir den ganzen Wahlkampf überhaupt nur mit Tatsachen führen, Tatsachen von solcher Wucht, daß es dann ebenso verständlich ist, wenn sie ihnen gegenüber nur noch mit faulstidigen verlogenen Behauptungen arbeiten können. Und zu den tollsten Thesen gehört die verkommenste Behauptung von der Einheitsfront zwischen Galantkreuz und Sowjetstern. Wir haben vorige Woche bereits zwei solcher Lügen angeprangert, wobei zur Charakteristik der einen Lüge, die unseren Genossen Heinz Neumann betraf, wir noch ergänzend heute nachholen wollen, daß Genosse Heinz Neumann sich gar nicht in Deutschland befindet, als er nach Angabe der SPD.-Presse die nationalfaschistischen deutschen Offiziere für die Kommunisten gewinnen wollte.
Jetzt muß ein neuer Schwindel dazu herhalten, den sozialdemokratischen Arbeitern jene Einheitsfront vorzugaukeln. Das Bündnis der Kommunisten und Nationalsozialisten, so wird am Sonntag mit Balkenchrift in der „Drednachts“, Breslau, ein zweispaltiger Artikel überschrieben, und im „Proletariat“ aus dem Gungengebilde“ wird dieser Artikel sogar überschrieben: „Mordklammerabschlag!“ Um was handelt es sich? Nach diesen Artikeln soll in Chemnitz unser Genosse Landtagsabgeordneter S i n d e r m a n n sich in einer kommunistischen Versammlung geäußert haben

daß Kommunisten und Nazis Schulter an Schulter marschieren würden, um die Sozialdemokraten besser bekämpfen zu können.
So etwas mag die Presse ausgerechnet von Chemnitz zu schreiben, demselben Chemnitz, wo der dortige „linke“ Führer B ä c h e l seiner eigenen Partei bescheinigt hat, „daß die SPD.-Politik Deutschland an den Rand der faschistischen Diktatur gebracht hat“, wie wir gestern noch in unserer Zeitung berichtet haben. Die obige faulstidige Lüge wird noch übertrieben durch eine infame Denunziation, die darin besteht, daß ein sozialfaschistisches Subjekt dem Genossen S i n d e r m a n n folgende blöde Äußerung in den Mund legt:
„Jawohl, wir geben zu, daß wir unsere Vertrauensleute in der Reichswehr, in der Polizei und in den faschistischen Sturmabteilungen haben. Jawohl, wir geben zu, daß die Rote Armee Rußlands Verbindung mit der Reichswehr hält, aber alles zu dem Zweck, die Körper-schaften zu zertrümmern und auf ihren Trümmern die national-bolschewistische Diktatur aufzurichten.“
Der ersten Lüge auch nur ein Wort mehr zu widmen, als wir oben gesagt haben, ist nicht notwendig. Den Lumpenstreich, der in der zweiten Fälschung liegt, hat unser Genosse S i n d e r m a n n selbst folgendermaßen niedriger gefügt:
„Was die zweite, nicht minder gemeine Fälschung angeht, so zweifle ich nicht einen Augenblick daran, daß der Reichsanwalt sie zu den Alten legen und demnachst gegen die Kommunisten auszusprechen wird, die wegen Verletzung der Polizei und Reichswehr verurteilt werden, weil sie die Proletarier im Waffenrock auf die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen des Gesamtproletariats aufmerksam gemacht haben!“
Und mit Hilfe solcher „Materials“ mag dieses elende Führerpaar, die Einheitsfront zwischen Galantkreuz und Sowjetstern den sozialdemokratischen Arbeitern vorzugaukeln. Das tun dieselben Leute, die das R.F.D.-Verbot herbeiführt, die durch ihren „Genossen“ Braun das Stahlhelmbrot aufgehoben haben, die durch ihre sozialfaschistischen Polizeipräsidenten Kommunisten zusammenschließen lassen, wenn sie gegen die braune Mordpest kämpfen, die gar nicht erwarten können, bis sie wieder mit dem faschistisch verweichten Zentrum gemeinsam regieren können, die ihre Leute zum Schutz der Gießhüttenpartei, der Partei der Mechterstädter Arbeitermörder kommandieren, die eben jetzt einen Posthoss in die Partei aufgenommen, der eine Refordleistung im Sinne des Faschismus auf dem Gewissen hat. Darum sagen wir:
Genossen! Reißt diesen Schwindlern die Maske herunter. Stellt den sozialdemokratischen Arbeitern die faschistischen Taten ihrer Führer, die antifaschistischen Phrasen gegenüber, und auch sie werden begreifen, daß der Faschismus nur einen Feind hat, das sind die Kommunisten.

Kein Handschlag für die SPD., alles für die kommunistische Revolution!

Winn Müller, Leipzig, 5 Jahre Mitglied der G.A.Z.
H. Friebe, Leipzig, 1/2 Jahr Mitglied der G.A.Z.
Paul Sch., Leipzig, 2 Jahre Mitglied der G.A.Z.
Marie Altmann, Friedeberg a. Queis, Mitglied der G.A.Z.
Oskar Thiel, Friedeberg a. Queis, Mitglied der G.A.Z.
Walter R., Jauer, 6 Jahre Mitglied der G.A.Z.
Herbert A., Frankenstein, Mitglied der G.A.Z.
Paul L., Ohlau, Mitglied der G.A.Z.
Paul Ulrich, Liebau, Mitglied des Jung-Reichsbanners.
Alfred Schaal, Liebau, Mitglied des Jungbanners, Gruppenführer.
Fritz Ritschke, Trebnitz, Mitglied des Jungbanners, 2. Vorsitzender der freien Gewerkschaftsjugend.
Ulfride Luz, Friedeberg, Mitglied des R.F.D.

Die Jugend marschiert unter roten Fahnen

Hunderttausende junge und erwachsene Arbeiter, sowie proletarische Kinder marschierten unter dem Banner der Kommunistischen Jugendinternationale in Deutschland auf

Der 16. Internationale Jugendtag zeigte im ganzen Reich, daß das junge Proletariat den roten Fahnen des Kommunistischen Jugendverbandes, der Kommunistischen Partei folgt. Alle Berichte über die Jungarbeiterdemonstrationen des Sonntags beweisen, daß die Massen der Jungwählerschaft, die am kommenden Sonntag zum ersten Male zur Wahl gehen, sich für die Kommunistische Partei, für die Liste 4, entscheiden. Aus den bisher vorliegenden Einzelberichten aus 60 Orten entnehmen wir:

In Berlin marschierte die werktätige Jugend zu Tausenden zum 16. Internationalen Jugendtag auf. Auf dem Bülowplatz sprach, begeistert begrüßt, der Führer des KJVD, Genosse Kurt Müller zu den Kopf an Kopf stehenden Massen der Jungarbeiter und -arbeiterinnen. Mit leuchtenden Transparenten und wehenden roten Fahnen setzte sich ein endloser Zug durch den roten Osten zum Köpenicker Platz in Bewegung. Zahlreiche Betriebsdelegationen, rote Sportler, Berufsschüler, Jungwerker marschierten im Zug. Ebenso sah man zahlreiche oppositionelle Mitglieder der SPD. Die Jörgiebel-Pötzgel provozierte wie üblich und nahm grundlos zahlreiche Verhaftungen vor.

In der Lausitz und Grenzmark marschierten 2000 Jungarbeiter auf, in Rixdorf formierte sich ein begeisterter Demonstrationzug trotz Verbot.

In drei Orten des Ruhrgebiets marschierte die rote Ruhrjugend auf. In den Kundgebungen und Demonstrationen beteiligten sich 20 000 junge und erwachsene Arbeiter. Die Kundgebung in Bochum stand besonders im Zeichen des Protestes gegen die Verhaftung des Genossen Heinz Neumann. In der Vorführung wurden die Ausführungen des Jugendlandkandidaten Arthur Weder mit großem Beifall aufgenommen. Es traten 106 neue Kämpfer der Partei und dem Jugendverband bei.

Im Bezirk Niederrhein wurden in 20 Orten Vorführungen und in 7 MassenDemonstrationen durchgeführt, an denen sich 15 000 Arbeiter beteiligten.

Wichtiger Massenaufmarsch der revolutionären Jugend an der Wasserfront. In Hamburg marschierten siegesbewußt 12 000 Demonstranten auf. In der Provinz wurden an drei Orten gewaltige Demonstrationen mit insgesamt 7000 Teilnehmern durchgeführt.

Die revolutionäre Jugend Sachsens demonstrierte in allen Teilen. In Chemnitz nahmen sich 20 000 Jungarbeiter daran, die Kundgebung in Chemnitz zu gestalten. In Leipzig nahmen sich 15 000 Jungarbeiter daran, die Kundgebung in Leipzig zu gestalten.

Polizei-Gummiknüppel und Wasserwerfer gegen die demonstrierende kampfgewillte Jungarbeiterchaft in Württemberg und Bayern.

In Bayern waren alle Jugendtage verboten. Trotzdem marschierte die Jugend auf. In Eßlingen (Württemberg) nahmen über tausend Demonstranten trotz Verbot an der Kundgebung teil. Der Polizeipräsident ließ die Polizeiwachen mit Maschinengewehren ausrüsten und alarmierte die Reichswehr. Die Polizei ging mit Gummiknüppel und Säbel gegen die Demonstranten vor. Eine ganze Anzahl Jungarbeiter wurden verletzt.

In Halle marschierten unter roten Fahnen über 5000 Jungarbeiter. Aus allen Bezirken, auch aus den kleineren, wird überall von großer Massenbeteiligung berichtet. Der 16. Internationale Jugendtag ist ein großer Erfolg des Kommunistischen Jugendverbandes und gibt dem Kampfwillen der Jungarbeiterchaft Ausdruck für den Sieg des Kommunismus, für den Sieg der Liste 4 zu kämpfen.

Überall ging die Polizei mit größter Provokation vor. 25 Sportlerinnen und Sportler wurden in Düsseldorf verhaftet, weil sie in Sportlerkleidung marschierten. Trotz allem Terror, die werktätige Jugend bekennt sich zum Kommunismus, und zahlreiche SAler, Reichsbannerarbeiter und christliche Arbeiter stießen zum Kommunistischen Jugendverband.

Massenübertritte sächsischer SAJ-Genossen zum KJVD.

Dresden, 8. September. (Eig. Bericht.) Am Vorabend des Internationalen Jugendtages traten eine Reihe von SAJ-Genossen Sachsens mit einer Erklärung vor die proletarische Öffentlichkeit, in der sie ihrer Enttäuschung und Erbitterung über

Saararbeiter für Programm-erklärung der KPD.

Böllingen (Saargebiet), 7. September. (Drahtbericht.) Die zur Kundgebung in Böllingen (Saargebiet) versammelten Arbeiter senden revolutionäre Kampfesgrüße! Heiße Sympathie für revolutionären Wahlkampf! Begrüßen Proletariat zur Nationalfrage. Verfüßern weitgehende Mitarbeit um Sieg der Liste 4!

Sauktion des SAJ, Saargebiet.

Kampfgruß holländischer Arbeiter

Aus Amsterdam ging uns das folgende Telegramm zu: „Massendemonstration gegen Krieg in Amsterdam, 7. September, sendet Kampfgrüße KPD. und bolschewistischem SAJ unter Führung Thilmanns. Wünschen Erfolg in schwerem Kampf!“

den Verrat der sozialdemokratischen Führerschaft Ausdruck geben. Sie gehen lähn und entschlossen den Weg, den in den letzten Tagen und Wochen bereits hunderte ihrer Klassen Genossen aus der SAJ und SPD gegangen sind und treten in die Reihen der Klassenbewußten Jungarbeiterchaft, in den KJVD ein.

Die sozialdemokratische Presse behauptet, daß solche Uebertritte erschwändelt sind. Um von vornherein den „Dementis“ der SPD-Journaliste einen Niegel vorzuschleiben, veröffentlichen wir im nachfolgenden die Namen der Uebergetretenen: Hilbe Stein, Leipzig; Armin Sella, Leipzig; Herbert Mühltern, Leipzig; Gerhart Braun, Dresden; Helmut Lefste, Reiffen bei Freiberg; Alfred Schiffer, Brand-Erbisdorf; Paul Leunax, Dresden-Briesnitz; Rudolf Engel, Leipzig; Gerhart Zimmer, Neusalza-Spremberg; Hermann Schölzel, Neusalza-Spremberg; Walter Beyer, Leipzig S. 3; Eise Richter, Lengenfeld; Wiffl

Tempner, Lengenfeld; Rudi Weichhold, Grün i. B.; Kurt Ehrhardt, Chemnitz-West; Edmund Horn, Rassen; Kurt Kiebel, Legmat; Rudi Großer, Leipzig; Willi Dunter, Reichenbach; Kurt Mann, Leipzig; Hans Lier, Leipzig; Herbert Starke, Plauen; Margarete Karbaum, Markranstädt; Helene Jäger, Leipzig; Kurt Sachse, Sagan; Bruno Wendelamp, Wittenbrand; Herbert Köppler, Hirschberg; Werner Günther, Stollberg; Kurt Richter, Elbheim; Helmut Starke, Plauen.

Reichsbanner-Mitglieder: Alfred Wag, Meissen; Max Kähler, Neudorf i. E.; Fritz König, Leipzig; Heinz Fischer, Leipzig; Unger; Hans Schwarzbauer, Chemnitz. Kinderfreundmitglieder: Heinz Rothe, Leipzig; Rudolf Pötzgel, Brand-Erbisdorf; Frieda Roth, Leipzig-Schönfeld. Parteifunktionäre: Hans Müller, Stegau-Meißenbach.

Braun bittet Herrn Brüning um Gnade

Das sind die sozialdemokratischen Wahlarumente: „Gereimte Flugblattfloskeln“ ohne Bedeutung

Das Frage- und Antwortspiel über die Bildung einer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie, das seit einigen Tagen zwischen Braun und Brüning getrieben wird, ist von dem sozialdemokratischen preussischen Ministerpräsidenten Braun mit einer würdelosen Erniedrigung Brauns vor Brüning abgeschlossen worden. Brüning hatte auf das Koalitionsangebot, das Braun dem Zentrum in seinen Wahlreden machte, geantwortet, ob die Sozialdemokratie die Möglichkeit sehe, mit einem Mann zusammenzuarbeiten, von dem es im sozialdemokratischen Flugblatt heißt: „Doch mit den Vermissten unserer Armeen, da kennt Herr Brüning kein Erbarmen.“

In einer Wahlversammlung in Tilsit hat jetzt Braun die Frage Brünings folgendermaßen wörtlich beantwortet:

„Die Frage des Koalitionsvertrages ist nicht einmal gestellt. Ich habe mich nicht an, daß ich meine Stellungnahme zum Zentrum und der Sozialdemokratie mit ihm abhängig machen werde.“

Die Arbeiter wissen jetzt, was sozialdemokratische Wähler über den Inhalt sozialdemokratischer Flugblätter zu denken ist. Es sind „Flugblattfloskeln“, von denen die SPD ihre Stellungnahme nach der Wahl nicht abhängig macht. Sie stehen es heute schon offen ein, sie werden nach den Wahlen das Gegenteil von dem tun, womit sie heute Arbeiterstimmen zu fangen versuchen. Wer gewillt ist, politischen Betrüger in ihr Handwerk zu erleichtern, der möge der SPD ruhig die Stimme geben.

Wir Kommunisten erklären dagegen mit aller Offen-

heit, daß es uns verheißt ernst um die Durchführung dessen ist, was wir in unseren Veröffentlichungen und vor allem in der Programmklärung als Kampfmaßnahme des siegreichen Proletariats antündigen, daß es nicht „Floskeln“ sind, sondern die Maßnahmen der Befreiung, die das deutsche Proletariat unter Führung der KPD bestimmt durchführt.

Zerfetzung in der pfälzischen SPD

Ludwigshafen, 8. September. (Eig. Bericht.) Wir konnten vor einiger Zeit über die Wahlschiebungen auf dem Pfälzischen SPD-Parteitag berichten, der starke Zerfetzungerscheinungen in der SPD an das Tageslicht brachte. Dieser Prozeß der Klärung innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft geht weiter, wie ein Schreiben des Ortsvereins Neuhofen (Pfalz) beweist. Es wird darin der Mitgliedschaft mitgeteilt, daß der Bezirk Neuhofen von dem verordneten Delegierten nicht zugelassen habe und daher keine Berechtigung aus dem Saal hatte. Es wird noch betont, daß die Vorstandskollegium die Klärung genau betreiben wie bisher, und es heißt dann wörtlich:

„Die Zurückweisung des Delegierten bedeutet eine Zerfetzung, wie sie selbst in einer Gemeinschaft von Arbeitern nicht möglich wäre.“

Der SPD-Vorstand von Neuhofen hat mit dieser Bezeichnung nicht unrecht. Jamohl, es ist eine „Gemeinschaft von Terroristen“, die Kleeboot, die Jörgiebel, die Schönfelder, die Grzejinski, Severing und Koske. Die gesamte SPD-Führerschaft gehört zu dieser Gemeinschaft. Sie hinwegzufegen mit samt der kapitalistischen Ausbeuterklasse, deren Knechte sie sind, ist die Aufgabe der Klassenbewußten Arbeiterchaft.

SPD. will Wahlrechtsraub

Kein kommunistischer Abgeordneter soll mehr in den Reichstag kommen — Arbeiter, antwortet den Wahlrechtsräubern!

Die SPD-Führer sind sich schon darüber einig, nach der Wahl, zusammen mit den Brüning-Parteien, einen unerhörten Wahlrechtsraub durchzuführen. In ihrer Tagespresse sprechen sie jetzt noch wenig davon, um so klarer enthüllen sie ihre Pläne in ihren Parteizeitschriften. In der neuesten Nummer der von Hilferding herausgegebenen „Gesellschaft“ Nr. 9, September, fordert der SPD-Führer Warburg die Einführung des reaktionären englischen Wahlsystems mit Einmann-Kreisen. Warburg schreibt auch offen, daß die Ausschaltung der Kommunisten der Zweck der „Wahlreform“ ist. Wörtlich fährt er dann fort:

„Wenn es ein Wahlsystem gibt, das solchen politisch unfruchtbar Gruppen den Kampf und vor allem den Erfolg erschwert, so ist dieses Wahlsystem vom sozialistischen Standpunkt aus erstrebenswert.“

In der Folge führt Warburg dann aus, daß die SPD durch Wahlbündnisse mit den bürgerlichen Parteien auch beim Einmannsystem gut abschnitten würde, daß man aber mit einem Rückgang kommunistischer Stimmen rechnen könne, daß kein kommunistischer Abgeordneter in den Reichstag komme. (!)

Das ist sehr offen. Die SPD-Führer sind bereit, zusammen mit den bürgerlichen Parteien einen solchen Wahlrechtsraub durchzuführen, daß Vertreter der kommunistischen Partei nicht mehr im Reichstag sollen sprechen können.

Arbeiter, tretet heraus gegen diese unerhörten Pläne! Bereitet überall die Tatsachen über diese Absichten der sozialistischen Führer! Gebt am 14. September ein gewaltiges Massenvotum gegen diese Wahlrechtsräuber ab!

Die infame Rechnung der SPD-Führer wird auf alle Fälle durchkreuzt werden. Aber da die SPD-Führer zu all ihren Verbrechen auch noch den Wahlrechtsraub hinzufügen, ist es doppelt wichtig, daß sich am 14. September die proletarischen Massen gegen die verbrecherische SPD-Politik aussprechen, daß sie sich um die KPD. scharen und am 14. September für Liste 4 stimmen!

Schieber an die Wand

Sechs Lebensmittelkneiber zum Tode verurteilt

Moskau, 8. September. Die Staatliche Politische Verwaltung hat eine Gruppe von Schiebern ermittelt, die aus den Genossenschaftsläden mit Hilfe von Tausenden gefälschter

Lebensmittellisten Lebensmittel und andere in beschränkter Mengen vorhandene Waren entwendeten und zu Bucherpreisen absetzten. Drei Händler und drei Angehörige der Genossenschaftsläden wurden zum Tode, die übrigen Beteiligten zur Internierung in einem Konzentrationslager verurteilt.

Polizeilicher Wahlterror gegen die KPD.

Polizei beschlagnahmt kommunistische Flugblätter

München, 8. September. (Eigenbericht.) Heute erschien in der Druckerei, in der das Wahlmaterial der KPD. hergestellt wird, Kriminalpolizei, die alles vorhandene Material durchsuchte und die Flugblätter „Salenkruz“ oder „Sowjetkruz“ und „An die arbeitende Bevölkerung Deutschlands“ auf Grund einer gerichtlichen Anweisung beschlagnahmte. Ohne jede gerichtliche Ermächtigung schleppte die Kriminalpolizei eine ganze Anzahl weiterer Flugblätter, darunter solche, die sich an die Metallarbeiter und an den Mittelstand wenden, weg.

Dieser freche Uebergriff bedeutet nicht nur eine schamlose Verletzung der durch die Verfassung geschützten Agitationsfreiheit, er bedeutet zugleich direkte staatliche Hilfeleistung für den Salenkruz-Faschismus. Für die Arbeiterchaft sind diese Maßnahmen der herrschenden Klasse, die ihre Furcht vor der Schlagkraft der kommunistischen Argumente zeigen, ein Ansporn, desto eifriger als rote Wahlhelfer das kommunistische Programm, die kommunistischen Forderungen, das kommunistische Agitationsmaterial an alle werktätigen Schichten der Bevölkerung heran zu bringen.

Das erste Aluminiumkombinat der Sowjetunion

Moskau, 8. September. Im Saporoschje-Gebiet fand die feierliche Grundsteinlegung des ersten Aluminium-Kombinats der Sowjetunion statt. Das Kombinat wird instand sein, den gesamten Aluminiumbedarf der Sowjetunion zu decken und damit die Einfuhr von Aluminium in die Sowjetunion überflüssig zu machen.

Mit der Grundsteinlegung des Aluminium-Kombinats hat der Bau des Dnjepr-Kombinats begonnen, das vom Wasserkraftwerk am Dnjepr seinen Strom beziehen wird.

Die Gewerkschaftskassenräuber entlarvt!

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß auf zentrale Anweisung die sozialdemokratischen Funktionäre in den Betrieben, vor allem aber in den Gewerkschaften, die Aufgabe der Ueberweisung von einer Million RMG-Gelder für den Wahlfonds der SPD ableugnen. Wir haben uns daher die Zeitschrift Nummer 33 des Jahrganges 9 der „Freien Gewerkschaft“, offizielles Mitteilungsblatt, Ortsausgabe Groß-Hamburg, von der Beilage des „Hamburger Echo“ vom Mittwoch, dem 13. August 1930, besorgt und lassen den Kopf dieser Nummer sowie die fragliche Notiz mit der Ueberschrift „Eine Million für den Wahlfonds“ nachstehend in vollstimmiger Folge:

Die freie Gewerkschaft

Offizielles Mitteilungsblatt der RMG-Gewerkschaften
 Herausgegeben von der Gewerkschaften RMG

Wer hilft der Reaktion?

Die Reaktion hat sich in den letzten Tagen wieder einmal in den Gewerkschaften breit gemacht. Sie hat sich in den Reihen der Gewerkschaften breit gemacht. Sie hat sich in den Reihen der Gewerkschaften breit gemacht.



Gewerkschaftliche Kundgebung

Ausschluß der Kommunisten und Nationalsozialisten aus den betrieblichen Jugendpflege-Organisationen

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt sagt in einem Erlaß vom 22. Mai 1930:

Im Einvernehmen mit dem Herrn preussischen Minister des Innern bestimme ich unter Bezugnahme auf meinen Rundschreiben vom 18. August 1927, daß den kommunistischen und nationalsozialistischen Jugendorganisationen die Aufnahme in die Betriebs-, Kreis- und Ortsvereine für Jugendpflege zu verweigern ist, sobald sie ihr Ausschluß zu veranlassen.

Damit wird endlich der seit Jahren von uns vertretenen Forderung entsprochen und dem grotesken Zustand ein Ende gemacht, daß der Staat an Organisationen Geld gibt, die ihn und seine Vertreter ständig in den Dreck treten und ihn gewaltig erschlagen wollen. Daß bei beiden Gruppen der Wille zu einem friedlichen Verhältnis zu den übrigen Organisationen fehlt, hat ihre Tätigkeit ebenfalls zum Ueberflus bewiesen.

Eine Million für den Wahlfonds

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei eine Million Reichsmark überwiesen. Er hat damit der Erwartung der Gewerkschaftsmitglieder entsprochen.

Ohne Reaktion ist kein erfolgreicher Wahlkampf zu führen. Deswegen stellen ja auch Bank-, Industrie- und Handelskapital den bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Arbeiterschaft ungeheure Summen zur Verfügung, trotzdem sie angeblich notleidend sind. Die Gewerkschaften, auch die britischen, müssen das richtige tun. Es geht bei diesem Kampf um soziale und wirtschaftliche Grundforderungen der Gewerkschaften!

Statt der sozialdemokratischen Abzweiger in Betrieb und Gewerkschaften dieses Dokument des Verbrechens der RMG-Funktionen unter die Nase!

Es gibt nur eine Antwort auf den frechen Raubraub der RMG-Bongen:

Gebt für den Wahlfonds der KPD! Zeichnet einen Stundenlohn!

Heraus zum 10. September!

Kolleginnen und Kollegen!

Die Arbeitslosigkeit steigt ins Unermessliche. Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen sind tägliche Erscheinungen in allen Industriezweigen. Mit mehr als 4 Millionen Erwerbslosen können wir im kommenden Herbst und Winter rechnen.

Eine rücksichtslose Lohnsenkungsoffensive und verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen gegen die noch im Betrieb Stehenden sind in Vorbereitung. In der Hamelner Metallindustrie haben die Unternehmer die Arbeiter angepöppelt, weil sie den fünfprozentigen Lohnabbau nicht ruhig hinnehmen. Auf der Conti sind die Abstopper erneut bei der Arbeit, um durch gesteigerte Arbeitsleistung die Löhne zu senken.

Die Lebenslage der Proletariat wird immer schwerer. Die Not der Erwerbslosen und der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wächst von Tag zu Tag. Den aus der Erwerbslosenversicherung ausgegrenzten und auf das Wohlfahrtsamt angewiesenen Arbeiterinnen droht Miskarheit auf den häßlichen Gütern bei 14stündiger Arbeitszeit und 10 Mark monatlichem Taschengeld. Jedem einzelnen heute noch im Betrieb Stehenden kann morgen der Entlassungsschein zugestellt werden.

Das Schicksal der Betriebsarbeiter ist mit dem der Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auf das engste verflochten.

Am 10. September marschieren in allen Orten Deutschlands die Erwerbslosen für Arbeit und Brot auf. Dieser Tag der Erwerbslosen ist auch der Tag der Betriebsarbeiter. Sie müssen gemeinsam

mit ihnen auf die Straße geworfenen Massengetriebenen und -genossinnen für Arbeit und Brot, für Siebenfundertag bei vollem Lohnausgleich demonstrieren und ihre Kampfbereitschaft gegen den Lohnraub und die verschärfte Rationalisierung bekunden.

Nicht der 14. September entscheidet über das Schicksal der Proletariat. Nichts wird sich zum Besseren durch die Wahl ändern. Der Wahltag kann und wird nur durch die Wahl der Kommunistischen Partei eine gewaltige Demonstration zur Kampfbereitschaft der Werktätigen sein.

Schwere Kämpfe werden nach dem 14. September dem Proletariat bevor.

Im Streik gegen den Lohnraub, für Lohnerrhöhung, in Demonstrationen für Winterbeihilfen, in Streiks gegen den Steuerraub, in

den tagtäglichen Kämpfen gegen alle Angriffe auf die Lebenslage der Beschäftigten wird sich die außerparlamentarische, revolutionäre Kampffront formieren, die unter Anwendung des politischen Massenstreiks den Angriffen der Bourgeoisie ein Ziel setzt.

Der 10. September ist ein Tag in dieser sich formierenden revolutionären Kampffront.

An diesem Tage müssen die Massen der Erwerbslosen und der Betriebsarbeiter ihre Verbundenheit zum Ausdruck bringen, ihre Bereitschaft, gemeinsam für Arbeit und Brot den Kampf aufzunehmen. An

Noch 330 Mitglieder müssen geworden werden!
 Eintausend Mitglieder sollten in der Wahlkampagne für die Partei geworben werden.
Vom 1. bis 31. August wurden 670 neue Streiter gewonnen
 Damit ist 1/3 des Werbeziels erreicht. Das letzte Drittel muß unbedingt noch geworben werden.
Deshalb Genossen! Heran an die Arbeit! Schafft das letzte Drittel!

alle Klassenbewußten Proletariat auf den Stempelstellen und in den Betrieben wenden wir uns mit dem Appell:

Heraus zur Demonstration am 10. September! Kämpft mit der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

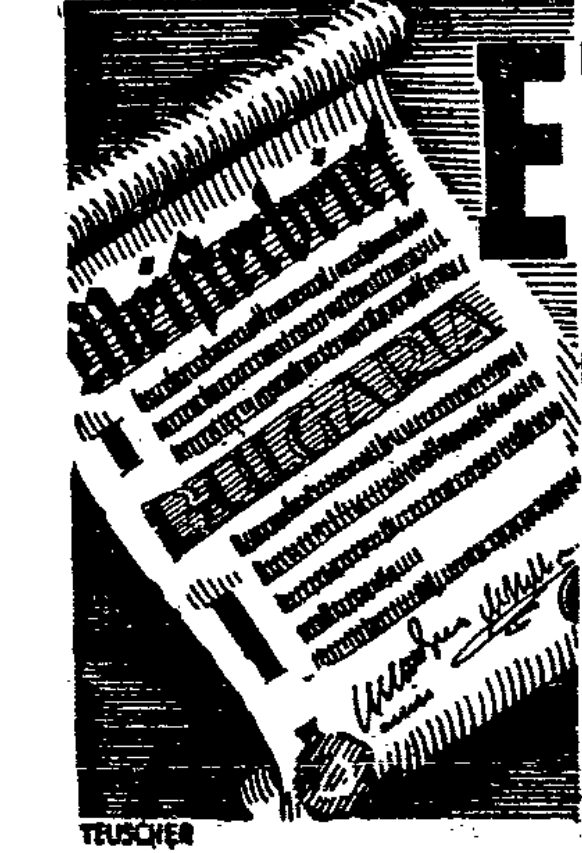
Demonstrieren am 10. September durch euren Massenaufmarsch und am 14. September durch eure Stimmabgabe für die Liste 4, eure Kampfbereitschaft gegen die Bourgeoisie und alle ihre Freunde!

Breslau, 9. September.
 Bezirkskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Schlesien und Oberschlesien.

Die Forderungen der Erwerbslosen

Am 10. September, dem Tag der deutschen Erwerbslosen, demonstrieren Arbeitslose und Betriebsarbeiter für folgende Forderungen:

- a) Arbeitsbeschaffung:
 1. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden, für den Bau von Arbeiterwohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Verkehrswegen usw.
 2. Obligatorische Meldung aller freiwerdenden Arbeitsplätze durch die privaten und öffentlichen Unternehmer bei den zuständigen Arbeitsämtern.
 3. Schließung aller offenen Arbeitsplätze durch die Arbeitsämter unter Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
 4. Vermittlung der Erwerbslosen in offene Arbeitsstellen für jeden Beruf in der Reihenfolge, wie die Arbeitslosmeldung erfolgte.
 5. Beseitigung der Wahlrechts-, Fürsorge-, Pflicht- und Reichsbahnarbeit. Arbeitsvermittlung nur zu den für die Arbeit günstigen Tarifbedingungen.
 6. Verbot jeder Ueberarbeit.
 7. Sicherung des Lebensunterhalts für alle erwachsenen Arbeiter, sechsstündige Arbeitszeit in allen Betrieben mit besonderen Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter und im Bergbau unter Tage, sechsstündige Arbeitszeit für Jugendliche unter 18 Jahren.
 - b) Lohn:
 1. Voller Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit.
 2. Lohnerrhöhung entsprechend der Leistungssteigerung und des Teuerung.
 3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
 - c) Erwerbslosenversorgung:
 1. Beseitigung der Beiträge der Versicherten, Aufbringung der Mittel durch die Unternehmer im Umlageverfahren.
 2. Beseitigung aller Karenzzeiten und Sperrstrafen sowie der Verdünnungsprüfung, Fortfall der Unterfüllungsklassen 1 bis 2.
 3. Zahlung der Unterfüllung an alle Arbeitslosen für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit, beginnend mit der Unterfüllungsklasse 3.
 4. Verbleib der Erwerbslosen und Ausgeschiedenen in der bisherigen Stufe der Krankenkassen und Sozialversicherung, und Zahlung der vollen Pflichtbeiträge seitens der Unterfüllungsträger.
 5. Lieferung von Milch an die Kinder der Erwerbslosen sowie Übergabe von verbilligten Lebensmitteln an die Arbeitslosen durch die Gemeinden unter der Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
 6. Lieferung von Strom und Gas auf Kosten der Gemeinden, und kostenloser Benutzung der Verkehrsmittel.
 7. Uebernahme der Mietzahlung durch die Kommune und generelle Befreiung von der Hauszinssteuer und allen Gemeindeforderungen.
 8. Bestimmungsrecht der Unterfüllungsberechtigten bei Festsetzung der Leistungen und im Beschwerdeverfahren, Anerkennung des Erwerbslosenausschusses.
- Arbeitslose, Betriebsarbeiter, Werktätige!
 Heraus in Massen am 10. September! Kämpft mit der kommunistischen Partei für diese Arbeitslosenforderungen!
 Unterschrift diese Forderungen auch am 14. September, indem ihr geschlossen für Liste 4 stimmt!



Ehrliche Arbeit

war früher in jedem Meisterbrief des fertigen Handwerkers bestätigt. Dann formte die Erfindung der Maschine das Wirtschaftsleben um. Man gewöhnte sich daran, der Industriearbeit kleine Unehrlichkeiten zu verzeihen, weil es eben nicht Handarbeit war.

Dies ist anders geworden! Der Konsument verlangt mit Recht, daß das Massenfabrikat aus der Maschine auch für ihn ganz allein bestimmt ist. Er entschied sich deshalb für das Fabrikat von ehrlichem Inhalt. Der Raucher wählt

BULGARIA-STERNE

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.



Rund um den Erdball

Die genagelten Schuhe einer Arbeiterin verursachen:

Explosionsunglück in einer Pulverfabrik

13 Arbeiterfrauen getötet — Zahlreiche Schwerverletzte

Paris, 8. September. Eine folgenschwere Explosion ereignete sich am Sonnabend nachmittag in einer Kartuschenfabrik in der Nähe von der französischen Stadt Nancy. Die ganze Fabrik wurde in die Luft geschleudert. 13 Arbeiterinnen wurden auf der Stelle getötet und viele schwer verletzt. Die Getöteten hinterlassen zum größten Teil unmündige Kinder.

Nach ergänzenden Mitteilungen ereignete sich die Katastrophe gegen 11 Uhr vormittags. Etwa 20 Frauen und Mädchen waren mit dem Verpacken fertiger Kartuschen beschäftigt, als plötzlich eine furchtbare Explosion das ganze Gebäude erschütterte und wenige Sekunden später in eine undurchdringliche Rauchwolke hüllte. Die außerhalb der Werkstatt beschäftigten Personen eilten sofort herbei, um ihren bedrängten Kolleginnen Hilfe zu bringen. Unglücklicherweise stürzte jedoch bereits wenige Augenblicke später das Dach des Lagerraumes ein. Hohe Stichflammen schlugen aus den Trümmern vor und machten das Rettungswerk unmöglich.

Tatenlos mußten die Feuerwehrleute zusehen, wie die herzerregt um Hilfe rufenden Frauen versuchten, sich einen Ausweg aus den Trümmern zu bahnen.

Als es endlich gelungen war, das Feuer zu löschen, konnte man nur zehn bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leichen bergen.

Die sofort angestellten Untersuchungen hatten zunächst keinen

Erfolg. Als man die Leiche einer der ums Leben gekommenen Arbeiterinnen näher untersuchte. Diese Arbeiterin, die unmittelbar neben dem Explosionsherde gearbeitet hatte, trug, entgegen den Vorschriften, genagelte Schuhe. Da der Fußboden der Fabrik aus Eisenbeton bestand, vermutet man,

daß durch zufällige Reibung der genagelten Stiefel mit dem Eisenbeton ein Funke aufsprang.

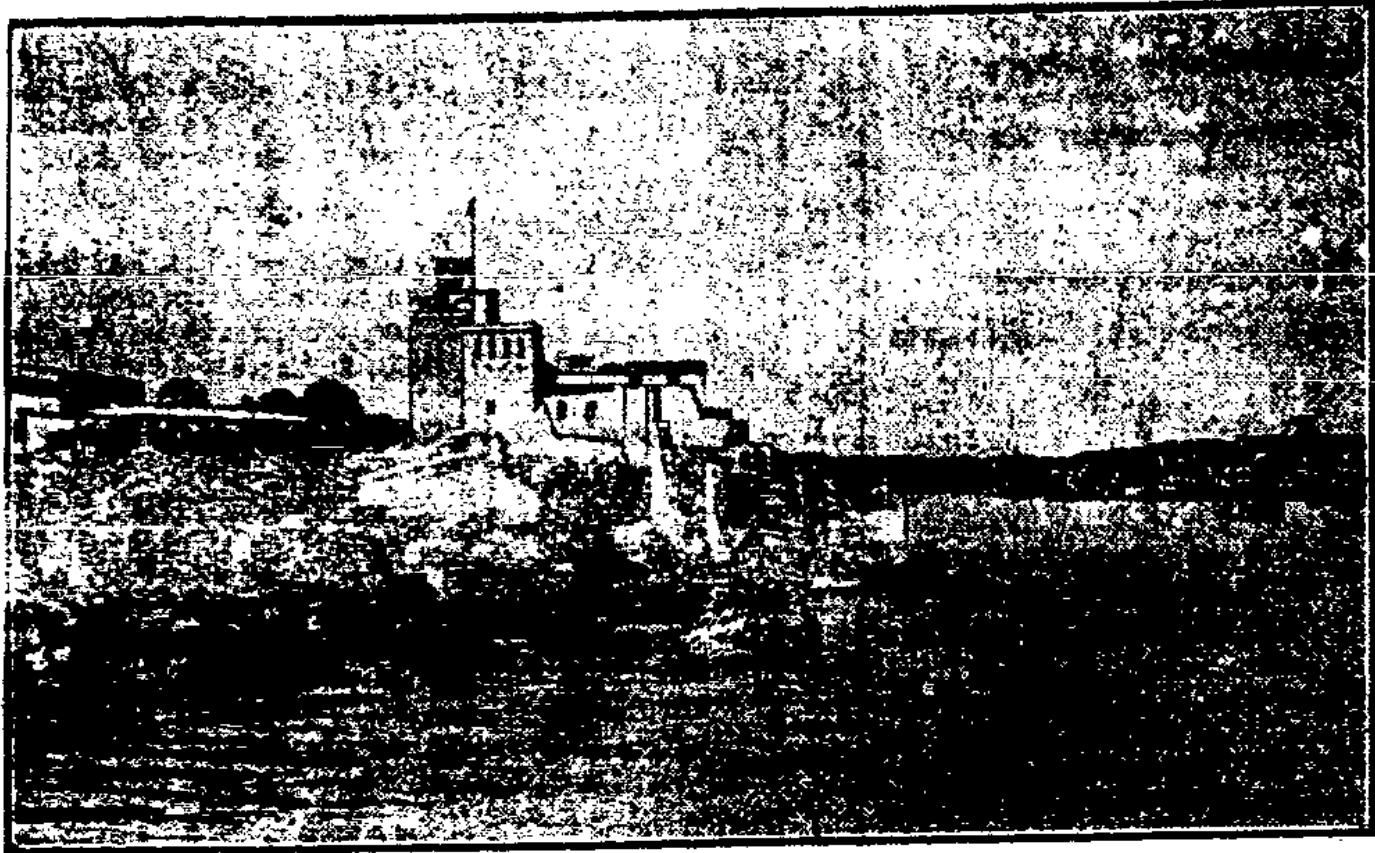
Der genagelte, um den in der Werkstatt überall lagernden feinen Dynamitstaub zu entzünden und damit die Explosion auszulösen.

Erdrutschkatastrophe in Marokko

21 Erdarbeiter verschüttet

Paris, 8. September. In der Nähe von Marakech in Französisch-Marokko ereignete sich eine folgenschwere Erdrutschkatastrophe, bei der 21 Erdarbeiter ums Leben kamen. Eine größere Kolonne Erdarbeiter war mit Ausschachtungsarbeiten für einen Wasserleitungsanal beschäftigt, als sich plötzlich auf mehr als 50 Meter Länge Erdmassen lödeten und alles unter sich begruben. Der Erdrutsch kam so überraschend, daß die Verschütteten noch nicht einmal Zeit fanden, Hilfshandre von sich zu geben. Von den 21 Arbeitern konnten erst die Hälfte als Leichen geborgen werden.

5000 Tote in San Domingo



Die Aufräumarbeiten in der durch die furchtbare Wirbelsturmkatastrophe zerstörten Hauptstadt San Domingo auf Haiti werden mit fieberhafter Eile betrieben, da man den Ausbruch einer Seuche befürchtet. Alles in allem rechnet man damit, daß bei der Katastrophe etwa 5000 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Leichen werden gleich, nachdem sie geborgen sind, verbrannt. Die Aerzte sind Tag und Nacht damit beschäftigt, die Ueberlebenden zu impfen. Unser Bild zeigt eine Teilansicht von San Domingo.

Die Sowjetfahne in der Arktis

Insel „Kamenews“ Urbewohner

Sowjetrussische Wissenschaftler auf dem nördlichsten Vorposten der Zivilisation

Moskau, 8. September. Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, hat die sowjetrussische Arktis-Expedition, die auf dem Eisbrecher „Sedow“ stationiert ist, auf der von ihnen entdeckten Insel, der sie den Namen „Sergej Kamenew“ gaben, vier Expeditionsmitglieder zurückgelassen.

Diese auf dem nördlichsten Vorposten der Zivilisation stehenden sowjetrussischen Wissenschaftler werden sich auf die Dauer von zwei Jahren dort oben mit geographischen, meteorologischen, physikalischen und mineralogischen Forschungen beschäftigen. Der Leiter dieser „Ureinwohner“ ist Uschakov, der bereits drei Jahre lang die kleine Sowjetkolonie auf der Insel Wrangel geleitet hat. Sein Assistent ist der Geologe Urwanzew. Dieser unerfahrenere Wissenschaftler hat bereits langjährige Erkundungsarbeiten auf der Halbinsel Tajmyr hinter sich. Außerdem verdankt ihm Rußland die Entdeckung mehrerer ausgiebiger Kohlenlagerstätten und Metallvorkommen am Jenisseifluß. Der Vorsitzende der Leningrader Kurzwellensektion, Genosse Chodow, wird auf Insel Kamenew den Funkdienst versehen. Der vierte im Bunde endlich ist der Jäger Schurawlew, der bereits ein Vierteljahrhundert auf Komawa Semlja als Jäger gelebt hat.

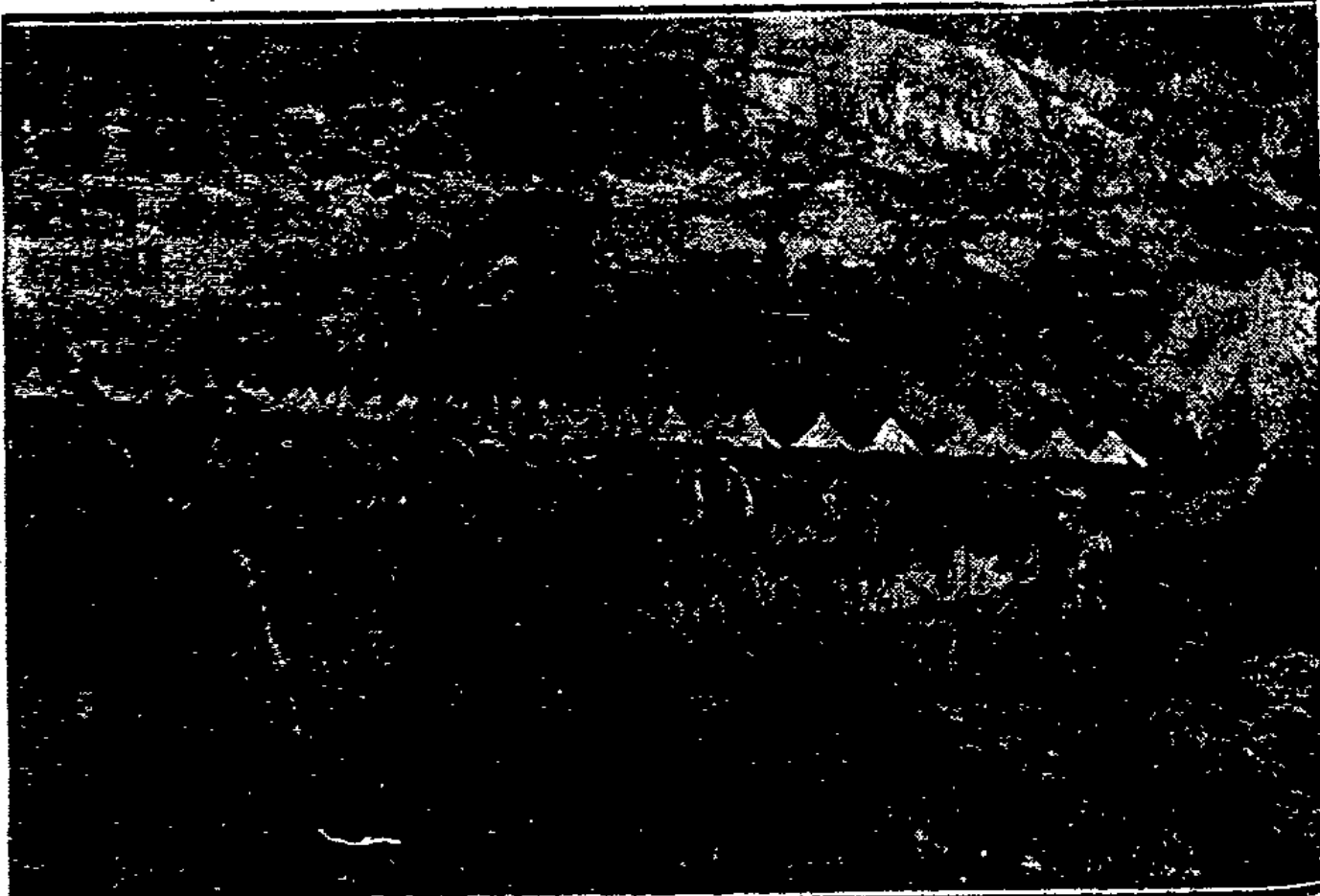
Im Frühjahr, also nach Ablauf der Polarnacht, werden Uschakov und Urwanzew mit Hundeschlitten noch weiter nördlich vorstoßen. Sie beabsichtigen, über 1500 Kilometer zurückzulegen. Für die Fahrt haben sie vier Monate vorgesehen. Um die Verbindung mit der Kolonie aufrecht zu erhalten, werden die tapferen Genossen einen Trockenbatteriefunkapparat mitnehmen. Im Interesse der sowjetrussischen Wissenschaft wünschen wir diesen unerfahrenen Forschern gutes Gelingen ihres Vorhabens.

berührt, dem der 50jährige Hofbesitzer Wof und dessen Ehefrau zum Opfer fielen.

Das Dienstmädchen fand Sonntag morgen den Hofbesitzer tot im Bette liegend auf. Die Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Sie erlag nachmittags im Krankenhaus ihren Verletzungen. Der Hofbesitzer ist durch zahlreiche Schläge auf den Kopf getötet worden, während die Frau einen Messerstich in den Hals erlitten hat. Die neben dem Schlafzimmer gelegene Wohnstube war durch wüthet und der Geldschrank zerbrochen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Überall imperialistische Kriegsvorbereitungen

Die Herbstmanöver der französischen Armee werden mit einem seit 1914 nicht erreichten Aufwand an Truppen und Material durchgeführt. Für die Kriegsspannung zwischen Italien und Frankreich ist die Tatsache bezeichnend, daß die Hauptmanöverübungen in diesem Jahre in den französischen Alpen an der italienischen Grenze stattfinden. Unser Bild zeigt die Maultierabteilung eines Alpenjägerregiments auf dem Marsche.



Das rote ABC

U

Die Unterdrücker und ihre Unteroffiziere Wünschen, daß man hier wie in Ungarn regiere. Damit Unternehmer und Uniformierte geduldet, Spart man die Unterstützungen ein. Wer das kapitalistische Unkraut ausreißen will, Den macht man mit Untersuchungshalt still, Doch gegen faschistische Umsturzrebellien Wird man niemals ein Urteil fällen. Unterdrückte, laßt uns zum Umsturz rüsten.

Wählt Kommunisten!

DIE WAHL-
BROSCHÜREN
DER K.P.D.



Hermann Remmele: Kommunismus die einzige Rettung, 20 Pf.
56 Seiten
Hermann Remmele: Sowjetstern oder Hakenkreuz 10 Pf.
Hitler oder Kommunisten. Wen wählt das deutsche Volk? 10 Pf.
Slang: Heiraten oder Steuerzahlen! 10 Pf.
Vom Panzerkreuzer zur Negersteuer 10 Pf.
Arbeiteroffensive gegen Unternehmeroffensive 10 Pf.
Maria Reese: Das wahre Gesicht der SPD. 10 Pf.
Die Forderungen der „Grünen Front“ vor dem Reichstag 10 Pf.
Kulturkrise und kein Ausweg? 20 Pf.
Sowjet-Deutschland sprengt die Ketten des Young-Plans 10 Pf.
Benutzt die letzten Tagen vor der Wahl zur Verbreitung dieser Broschüren. Sie agitieren für uns, sie werben Mitkämpfer! Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C, 25.

Drei Feuerwehrleute durch Giftgase getötet

Bei der Grubenwache umgekommen

Berlin, 8. September. Auf der Karsten-Zentrum-Grube in Oberschlesien sind am Sonnabend drei Feuerwehrleute die Grubenwache haben, durch plötzlich ausströmende giftige Gase getötet worden. Die Bergbehörde hat den Fall untersucht und angeblich kein Verschulden Dritter festgestellt.

Flugzeugkatastrophe in Litauen

Drei Militärflieger getötet

Am Sonnabend nachmittag stürzte an der polnischen Grenze ein litauisches Militärflugzeug infolge Motorschadens ab und wurde vollständig zerstört. Die Insassen, drei litauische Militärflieger, fanden dabei den Tod.

Drei Kinder überfahren

Bei einem Autounfall in Bergen bei Hamn sind am Sonntagnachmittag drei Kinder überfahren worden. Ein Lastkraftwagen wollte auf der Chaussee einen Personenzug überholen, als der Führer des Lastwagens plötzlich drei kleine Kinder vor sich sah. Alle Anstrengungen, den Wagen zum Halten zu bringen, mißlingen. Während ein Kind auf der Stelle getötet wurde, mußten die beiden anderen mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden.

Französisches Dorf niedergebrannt

Ein Großfeuer von ungeheurem Ausmaß hat in einer kleinen Gemeinde bei Montiers 53 Gehäute eingäschert und über hundert Personen obdachlos gemacht. Vieh, Groß- und Federvieh ist umgekommen. Die Motorpflüge der Ortschaft konnte nicht in Tätigkeit treten, da der einzige Brand des Dorfes mitten im Feuerherd lag.

Doppelraubmord in Medienburg

Schwerin, 8. September. Im Dorfe Schwinde bei Witten wurde am Sonntag ein Doppelraubmord

Erwerbslose gegen die neuen Hungurmaßnahmen für ausreichende Unterstützung für Winterhilfsmaßnahmen

morgen heraus

zur Kundgebung 12 Uhr am Neumarkt

Breslau

Nazis rauben euer Sammelgeld

Am Sonnabend befand sich ein Jugendgenosse um etwa 10 Uhr auf dem Nachhausewege. In der Nähe der Gaisenaubrücke begegneten ihm vier Nationalsozialisten. Sie rempelten ihn an. Da der Jungarbeiter allein und in der Nähe niemand zu sehen war, ergriff er vor der Bande die Flucht. In der Nähe des Mühlwehres hielten ihn die Strolche ein, umringten ihn und schlugen auf ihn ein. Einer von den ledernen Armbändern des Jungarbeiters abprallte. Schließlich bemerkten die Banditen, daß der Jugendgenosse in der Rocktasche eine Sammelbüchse trug. Sie nahmen ihm die Büchse, die die Aufschrift: „Für den Kampffonds des KPD.“ trug, weg, und ergriffen darauf eilig die Flucht.

Dieser Überfall hat mit politischem Kampf nichts mehr zu tun. Das ist Banditentum in vollendeter Form. Die Nazistrolche glauben, alles tun zu können, weil sie bei jeder Gelegenheit mit dem Schutz der Polizei und Justiz rechnen können. Arbeiter, nur ihr selbst kommt diesen Banditen das Handwerk legen. Organisiert antifaschistische Arbeiterwehren!

Am Sonntag vor acht Tagen, in dem Zuge Kamenz-Breslau, fuhr eine Horde Nationalsozialisten mit. Sie grüßten den ganzen Weg lang blutrünstige Lieder und belästigten in der unerschämtesten Weise die Mitreisenden. Einer von den Banditen spielte mit dem Revolver, indem er den Lauf durch die Tür nach der überfallenen Plattform steckte. Wappolizei! Die schreit gegen Faschisten nicht ein.

Löbe runderfunk

Am Sonnabend hielt Paul Löbe eine Rundfunkrede. Er führte u. a. aus: Der Staat hat sich vom Nachwächter-Staat zum sozialen Staat entwickelt. Siehe Mutterschutz, Säuglingschutz, Jugendschutz und Arbeiterschutz. Was früher vom Privatbesitz geregelt wurde, wird heute vom Staat geregelt. Die Wahlkreise müssen verkleinert werden und die Parteien sollen die Stimmzettelnkosten selbst tragen. Die Redezeit im Reichstag muß gekürzt werden. Eine Stunde, ja selbst dreiviertel Stunden und eine halbe Stunde Rede ist noch zuviel. Die Parteien besitzen die lange Redezeit zu Modus vivandis. — Nicht wahr, Prolet — jedes Wort eine Freude für die Nazis? Kampf für Sozialismus! — Das kennt Löbe nicht mehr. Für ihn ist der jetzige Staat bereits ein sozialer. Für dich, Prolet? Du müßt dir den sozialen Staat, das heißt die Vergeistlichung der Produktionsmittel, auch erkämpfen. Tue das unter Führung der Kommunistischen Partei. Wähle Liste 4!

Reichsbannermann und Schupoamter

Im Stadteil Westen wurden so gut wie alle von unseren Wahlhelfern geliebten Plakate abgetragen. Als Täter konnte ein Schupoamter ermittelt werden, der deshalb so mühsam auf die kommunikativen Plakate ist, weil er dem Reichsbanner angehört.

Nazis dürfen Arbeiterviertel nicht betreten

Gestern um die Mittagstunde versuchten Nazi-Flugblattverbreiter noch dem proletarischen Westen vorzudringen. Ihr provokatorisches Verhalten stieß auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft. Da die Nazis frech wurden und zu schlagen angingen, wurden sie befehrt, daß sie in den Arbeitervierteln Breslaus nichts zu suchen haben.

Sich selbst erschossen und dann erhängt hat der Arzt Pa che auf der Alfenstraße. Er steckte den Kopf in eine zurechtgemachte Schlinge und erschloß sich, worauf dann der Leichnam automatisch aufgehängt wurde. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht bekannt.

Infolge Verkehrsunfall verstorben. Der am 4. September gegen 17,40 Uhr bei einem Verkehrsunfall auf dem Tauenzienplatz verunglückte Fischer Robert Schindler aus der Spingierstraße 16 ist am Sonntag im Wenzel-Hof-Krankenhaus infolge der erlittenen schweren Verletzungen verstorben. Ebenso ist der am Sonntag gegen 16,30 Uhr von einer Kraftbrochle überfahrene Schüler Günther Schäfer aus Münsterberg infolge seiner Verletzungen im Allerheiligen-Hospital verstorben.

Tod infolge Verbrühens. Am Sonntag verstarb das 1 1/2 Jahre alte Kind Georg K. an den Folgen schwerer Brandwunden, die es am Oberkörper und Gesicht erlitten hatte. Das Kind stürzte am 4. September in der Wohnung der Eltern in der Scheitniger Straße aus dem Bett in ein Gefäß, in dem sich heißes Wasser befand.

Die Versammlung der Interessengemeinschaft, welche bei Wagner stattfinden sollte, muß wegen der Wahl zurückgestellt werden. Alles beteiligt sich an der Wahlarbeit.

Jungpartikulus, Gruppe Süd. Wir treffen uns morgen, Mittwoch 15 Uhr am Jostenplatz.

Briefkasten

„Breslauer Neueste Nachrichten.“ Der Berichtshatter über Anlegenheiten des früheren Betriebsratsvorsitzenden wird erjucht, weds persönlicher Rücksprache sich baldmöglichst in der Redaktion finden. Name wird selbstverständlich nicht preisgegeben

Erwerbslose wählen Liste 4!

Ein erwerbsloser Angestellter, der ganze zwölf Mark Wochenunterstützung erhält, schreibt uns: Wenn es eine Schlacht unter dem Volke gibt, die aus eigener, bitterer Erfahrung heraus zu beurteilen in der Lage ist, wem sie am 14. September ihre Stimme geben soll, dann sind es die Arbeitslosen. Seit zirta sieben Jahren wird Monat für Monat über eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten — meist nur aus Gewinnjucht — die Entscheidung gefällt, daß sie ihre Stellung im Betriebe zu verlassen haben. Männer und Frauen, die ein Lebensalter an ihren Arbeitsplätzen gehanden haben, die mit einem karglichen Einkommen jahrelang durch ihre Arbeit dazu beitragen, das Ansehen und die Bedeutung des Betriebes zu heben, Männer, die oft von den kleinsten Anfängen des Unternehmens ab Tag für Tag ihre Arbeitskraft dazu hergaben, daß der Betrieb sich ausdehnte, die Gewinne sich vermehrten, die Dividenden stiegen, werden von heute auf morgen einfach aus dem Betriebe entfernt und durch jüngere Arbeitskräfte ersetzt. Sie fallen nun der Arbeitslosenfürsorge anheim, in der

man nicht so freigebig ist, wie es immer behauptet wird, denn die letzte „Erhöhung“ in der Erwerbslosenfürsorge war am 8. November 1928 unter dem Zentrumsmminister Brauns, während seit dem Jahre 1928 unter dem

sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Brügel in der Arbeitslosenfürsorge eine Verschlechterung die andere jagte.

Arbeitslose, unsere Forderungen sind jetzt u. a. Erhöhung (sowohl Erhöhung) und nicht Abbau der Unterstützungsfähigkeit sowie Wegfall jeglicher Wartezeit. Wir fordern weiter Aufhebung der Notverordnung. In der Arbeitslosenfürsorge ist genug gepart. Man komme uns ja nicht mit dem Schwindel vom Preisabbau, denn in Wirklichkeit ist davon nichts zu merken, im Gegenteil. Arbeitslose, gegen die ganzen Verschlechterungen gilt es anzukämpfen. Denkt am 14. September an euer Elend und an euren knurrenden Magen und gebt euren Feinden die wohlverdiente Danksagung, indem ihr die Liste 4 der KPD wählt!

Zeppelin, Zerberus und empörte Weichtiere

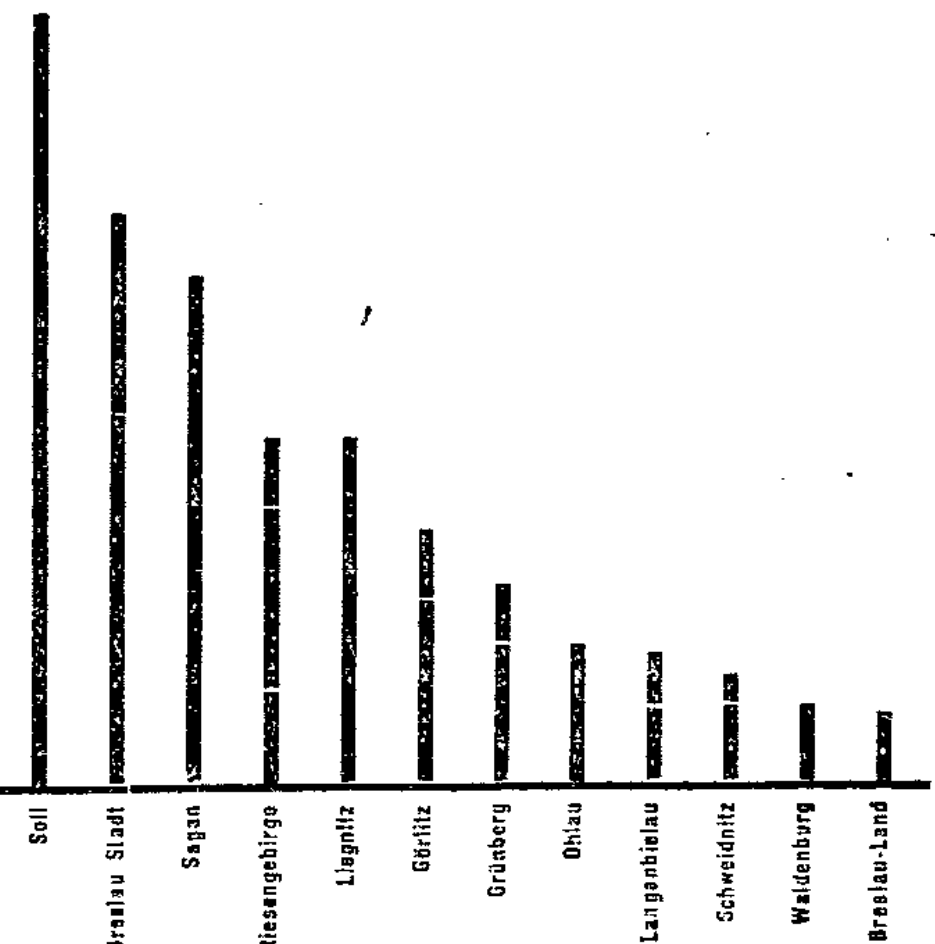
Wir lesen in dem „General“ von gestern: „Die Begrüßungsfeierlichkeiten hatten sich die Anwesenden freilich etwas anders vorgestellt, als sie sich abspielten. Vom Lustschiff hinab zur Erde führte eine schmale Treppe, über die zunächst die achtzehn Passagiere das Schiff verließen. Hiernach wurde dieser schwanke Ein- und Ausgang von einem Angehörigen der Zeppelinbesatzung ganz nach Gutdünken freigegeben und gesperrt. In unfreundlicher Weise verweigerte man denjenigen, die einen Blick in das Innere werfen wollten, den Zutritt. Selbst der Regierungspräsident wurde zunächst schroff zurückgewiesen. Der Oberst der Schutzpolizei, der dienstlich auf dem Platz anwesend war, wurde förmlich zurückgedrängt und mußte wieder hinuntersteigen. So verfuhr dieser merkwürdige Zerberus in der nächsten halben Stunde zur allgemeinen Empörung

noch mit mehreren. Indessen konnten ständig familienweise Verwandte und Bekannte amfender Reichswehroffiziere das Schiff besichtigen.“

Nicht wahr, empörend: Regierungspräsident, Schutzpolizeioberst und andere „Prominenten“ der Breslauer Öffentlichkeit und Presse wurden einfach die Treppe hinuntergeworfen! Da wird ja Kapitän Lehmann einen ganzen Mattenschwanz von Prozessen wegen Beamtenbeleidigung und Behinderung im Dienst aufgefahrt zu erwarten haben! Doch dazu wird es nicht kommen. Die Hinauswerfer und die Hinausgeworfenen haben gemeinsam das „Deutschlandlieb“ geungen und ... „man schlägt sich, man verträgt sich“ ... im Volksmunde wird allerdings an Stelle des Wortes „man“ ein treffenderes gebraucht.

Das Sammelsoll noch nicht erreicht!

Nachstoßen! Die Bezirksleitung Schlesien, Abteilung Kasse, teilt mit: Bis zum 6. September war das Sammelsoll in keinem Unterbezirk erreicht. Es muß energisch nachgestoßen werden, um bis zum 14. September das Ziel zu erreichen. Der Wettbewerb der einzelnen Unterbezirke sah wie folgt aus:



Am besten hat bisher Breslau-Stadt mit 74 Prozent des Solls abgeschnitten. Die anderen Unterbezirke haben 65 — 45 — 43 — 32 — 26 — 18 — 17 — 14 — 10 — 9 Prozent des Solls erreicht. Gerade die zuletzt genannten müssen gewaltig aufholen. Die letzte Woche vor der Wahl muß auch das Höchstmaß in der Sammlung für den Wahlfonds bringen. Keine Sammelkarte darf leer zurückkommen. Jede Wahlfondsmarke, jede Wahlhelferbinde und -plakette muß verkauft werden. Sämtliche eingehenden Beträge sind umgehend an die Bezirksleitung abzusenden. Auf dem Postscheckabschnitt ist anzugeben „Für den Wahlfonds“.

Das Sammelsoll überschritten!

Eine Reihe von Ortsgruppen haben ihr Soll nicht nur erreicht, sondern auch um 150 und mehr Prozent überschritten. Nachstehend diese Ortsgruppen mit dem Vermerk, wieviel Prozent des Solls sie erreicht haben: Silberberg 263, Rogan-Rosenau 243,

Kotzenau 221, Halbau 214, Guhrau 180, Altheide 180, Königszelt 178, Leschwitz 143, Marklissa 143, Geisdorf 143, Haasenu 135 und Landeshut 133.

Was diesen meist jungen Ortsgruppen möglich war, muß auch den anderen möglich sein. Verstärkt die Sammeltätigkeit!

Mittelschlesien

Unbeleuchtetes Gefängnis als Arbeiterwohnung

In Trebnitz ist das ehemalige Gefängnis den ermittelten Arbeitern als Notwohnung zur Verfügung gestellt worden. Die Zellen des Gefängnisses sind voll besetzt. Trotzdem denkt die Stadt — trotz mehrmaliger Aufforderung — nicht daran, die Treppen zu beleuchten. Wahrscheinlich wartet sie, bis ein Arbeiter oder ein Kind sich die Knochen gebrochen haben wird. Das ist die „Ordnung“ der kapitalistischen Republik. Kämpft dagegen an! Wählt Liste 4!

Genosse Dombrowski in Strehlen

Am Sonnabend empfing das Strehlener Proletariat den „Hochverräter“ Genossen Dombrowski. Hunderte von Arbeitern hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden. An der Demonstration, die vom Bahnhof aus durch die Stadt ins Versammlungstotal geführt wurde, beteiligten sich, zum Schreden der Spießer und der Sozialfaschisten, Hunderte von Arbeitern. Der Saal von Wende war erdrückend voll. Genosse Dombrowski sprach unter stürmischer Zustimmung der anwesenden Arbeiter.

Die Werkfätigen von Herrprotsch mit uns!

Die am Freitag einberufene Wahlversammlung war gut besucht, so daß Genosse Jensch, Breslau, vor vollbesetztem Saal sprechen konnte. Die Aufmerksamkeit, mit welcher die Versammlung und auch die vier im Saale sich befindenden Landjäger der Ausführungen von Jensch folgten, zeigte, daß er es verstanden hatte, den Kontakt mit den Versammelten herzustellen. Die Feigheit, mit welcher sich der eine von den vier SPD-Diskussionsrednern gewappnet hatte, ist das einzige, was aus den kurzen Entschuldigungen für die SPD. hervorzuheben ist. Dieser Mensch kam in den Saal, stellte sich an die Tür, rebete ein paar persönliche Dinge lächerlicher Art gegen einen Genossen und war sofort wieder zur Tür hinaus. So sehen die Vertreter dieser Partei aus. Infolge der nichtigenden Ausführungen der Gegner konnte sich Genosse Jensch in seinem Schlußwort kurz fassen und mit einem nochmaligen Appell, Liste 4 zu wählen, die Versammlung schließen. Die nach Schluß der Versammlung in Gruppen durchgeführte Diskussion zeigte, daß diese Versammlung ein Erfolg für die Partei war.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schallier, Berlin für den Provinsteil (außer Oberschlesien) Ernst Wellwaber, Breslau für Oberschlesien Fritz Jendrosch, Hindenburg. Für Inserate: Karl Gaudert, Breslau.

Wollweber spricht morgen, 20 Uhr, im Schießwerder

Thema: Abrechnung mit den Faschisten :: Freie Aussprache

Die Stadtteile marschieren geschlossen um 19,30 Uhr von folgenden Sammelplätzen ab: Ost vom Brockauer Platz, West vom Striegauer Platz, Nordost von Hirsch-, Ecke Bockstraße, Zentrum v. Neumarkt, Nord v. Weissenburger Platz, Süd von Friedrich-, Ecke Gräbschener Straße

Ernst Helde
Rind- und Schweine-Schlächterei
Breslau
Markthalle, Ritterplatz, Stand 28

Zurückgekehrt
Dr. Koltanski
Jeld Tarnochplatz 7

Waldenburger Bergland

Heraus zum Preis-Arbeitslosenaufmarsch am Donnerstag, dem 11. September!

Aufmarschplan.
Zentraler Sammelpunkt: 14 Uhr Friedländer Chaussee Waldenburg.
Abmarsch: 14,15 Uhr.
Ortliche Sammelpunkte und Abmarschzeiten.
Freiburg: 11,45 Uhr Antreten am Schützenhaus, Abmarsch 12 Uhr.
Nieder-Salzbrenna: 12,45 Uhr beim Viehtrug, Abmarsch 13 Uhr.
Waldenburg-Altwasser: Antreten 13,45 Friedländer Chaussee, Abmarsch: Antreten 13 Uhr bei der Gemeindegasse, Abmarsch 13,15 Uhr.
Friedland: Antreten 10,30 Uhr auf dem Ring.
Langwaltersdorf, Göhlenau, Göbersdorf schließen sich an.
Gottesberg: Antreten 12,45 Uhr auf dem Ring, Abmarsch 13 Uhr.
Friedhammer und Rothbach schließen sich an.
Dörmisdorf: Antreten 13 Uhr bei der Verwaltung, Abmarsch 13,15 Uhr.
Dittersbach: Antreten 13,15 Uhr am Tiefbau, Abmarsch um 13,30 Uhr.
Neuhendorf: Antreten 13 Uhr bei der Brauerei.

Die anderen Orte, welche hier nicht angeführt sind, müssen bis 14 Uhr am Zentralsammelpunkt eintreffen!

Genosse Beder unser Spitzenkandidat

Genosse Beder spricht am 11. September, 20 Uhr, im Waldau-Saal. Nazis und Sozialdemokraten sind besonders eingeladen.

Zwölf Proleten erklären sich bereit, den proletarischen Gefangenen zu helfen

Am 4. September fand in Dörmisdorf im Gasthaus „Weißer Löwe“ eine öffentliche kommunistische Versammlung statt, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Genosse Freiß aus Bunzlau entwarf in seinem Referat die Demagogie der Feinde der Arbeiterklasse, welche jetzt mit ihrem Schwindel über ihre Taten vor die Wähler hintreten und sie wieder für sich gewinnen wollen. Ganz scharf rechnete er auch mit der vielseitigen SPD ab, die heute vor ihre Wähler tritt und alles mögliche erzählt, was sie während der Zeit der Müller-Regierung für die Arbeiter alles getan haben will. Aber die Arbeiter wissen, wer die Panzerkreuzer baut und wer für die Kinderbeihilfe kein Geld hat. Sie wissen es auch, wer die Arbeitslosenunterstützung halb verschleudert und wer aktiv an der Verschlechterung der Krankenversicherung gearbeitet hat. Die Arbeiter haben es auch noch im Gedächtnis, wer die Polizei auf die Demonstrationen am 1. Mai in Berlin besetzte. Das schaffende Volk hat diese Verbrechen erkannt und wird bei der nächsten Wahl sich dahin aussprechen, daß es nur einen Weg gibt, aus dieser Verelendung auszubrechen und das ist der Kampf zur Vernichtung der verhassten Demokratie und der Abschaffung der Tyrannei der Arbeiter und Proleten. Der Erfolg des Kampfes war, daß zwölf Anwesende ihren Willen äußerten, sich zu erklären, um dadurch ihre Bereitschaft zu bekunden, den politischen Gefangenen zu helfen. Einige Anwesende traten auch der kommunistischen Partei bei.

Gaudorf. Wählerversammlung am Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Guten Nahe“. Referent wird in der Versammlung bekanntgegeben. Thema: „Die Verschlechterung der Krankenversicherung, die Regenersteuer und die Ledigensteuer.“

Hallo! Gottesberg. Achtung!

Alle Genossen mobilisieren die Arbeiterschaft für die letzte öffentliche Wahlversammlung zur „Abrechnung mit den Faschisten“ am Donnerstag, dem 11. September, im Hotel „Mäd auf“ in Gottesberg. Gegner sind hierzu eingeladen. Genosse Beder — unser schlesischer Spitzenkandidat — wird referieren. Alles auf den Plan für die Liste 4!

Die Bauarbeiter für die SPD.

Einen großen Reinkauf erlebten die Sozialdemokraten in der Bauarbeiter-Mitgliederversammlung in Gottesberg. Der Geschäftsführer, Kollege Hänisch, gab den Bericht vom Bezirkstage aus Breslau und machte daraus „vorsichtig in sozialdemagogischer“ Weise eine Wahlfrede für die SPD. Die oppositionellen Kollegen haben ihm aber dieses Mandat gründlich verweigert, indem sie seine Demagogie entlarvten, die darin bestand, alle sozialen Verschlechterungen nun auf die Brünnlich-Regierung abzuwälzen. Er mußte diese Anpreisung einstecken, ohne ein Wort der Erwiderung zu finden. Das begriffen auch die organisierten Kollegen. Kollege Jochnann beantragte, im Hinblick darauf, daß man seitens des DGB, der Sozialdemokratie eine Million Gewerkschaftsgelder bewilligt hat, und der Lokalkasse der kommunistischen Partei 200 Mark in den Wahlfonds zu überweisen. Dieser Antrag eröffnete selbstverständlich eine lebhaft diskutierte, wobei die Sozialdemagogen sich als die unschuldigsten „unwissenden“ Lämmer hinstellten. Der Kollege Hänisch stellte den Gegenantrag, keiner Partei etwas zu bewilligen, indem er den Schwindel verzapfte, „er wisse nicht, ob die SPD eine Million vom DGB erhalten habe“. Die Kollegen Schindler und Scharf hielten nun wahre Wahlfreden für die SPD, worauf die Kollegen der Opposition wieder die Schandtat dieser Verräterpartei aufdeckten. Es kam dann zur Abstimmung über die 200 Mark, welche unserer Partei überwiesen werden sollen, und hier erklärten die Sozialdemagogen ihren richtigen Reinkauf und eine riesengroße Blamage. Die Bauarbeiter stimmten geschlossen in ihrer Mehrheit für den Antrag und bewiesen damit, daß sie Vertrauen zur Opposition und der kommunistischen Partei haben. Ganze drei Mann erhoben ihren Finger zur Gegenprobe. Also blieben die wackelhaften Sozialdemokraten allein auf weiter Flur. Nun riefen diese Demagogen hämisch: „Ihr kriegt ja doch kein Geld!“ Damit bekundeten sie erneut, wie die Bonzen die Mitgliedschaft einschätzen und wie „Sie“ billieren.

Kollegen, hier gilt es einzuhaken, ehe es zu spät ist. Hier müssen wir verlangen, daß die Mitgliederbeschlüsse respektiert werden. Rechnen ab mit diesen Demagogen, indem ihr ihnen am 14. September die Quittung gebt und euch als rote Wahlhelfer in die Reihen der kommunistischen Partei einliedert, um mit dieser gemeinsam den Kampf aufzunehmen für ein freies sozialistisches Deutschland und der Liste 4 zum Siege verhelfen!

Genossen machts nach!

Der Genosse Jochnann, Gottesberg jammerte in wenigen Stunden auf seine Liste 25 Mark. Die Partei braucht Pulver und Munition. Wollt ihr beim Sammeln verjagen? Die Leute warten auf euch (uns).

Also, alles ran für den Sieg der Liste 4!

Freiburg Freie Gewerkschaftler gegen Arbeiter

In der letzten Mitgliederversammlung des DGB sprach u. a. auch der Kollege Kruschke über zwei Termine vor dem Arbeitsgericht Waldenburg. Es erregte allgemeines Interesse, daß ein freigeber, schaftlich organisierter Betriebsleiter (im Betriebsrat) Herr Kruschke, die Firma Jung & Söhne gegen Arbeiter vertritt. Eben so interessant war es, wie Herr Knobloch das tut. Da lagte eine Arbeiterin auf Wiederanstellung. Die Mutter bezieht sogenannte Armenunterstützung, ebenso ein Bruder, ein zweiter Bruder bezieht Prisenunterstützung, der Vater ist tot. Bei einer zweiten Arbeiterin lagen die Verhältnisse ähnlich. Trotzdem brachte es Herr Knobloch fertig, die Firma gegen diese Armen zu vertreten. Herr Krieger er sonst vor Nächstenliebe. Es wäre jetzt, daß sich Herr Schornstein, der Betriebsleiter der Werkmeister, mal den Knobloch etwas näher ansieht, denn mit seinen Gepflogenheiten paßt er bestimmt nicht mehr in den Verband hinein.

Herr Knobloch war auch einmal Betriebsratsmitglied und leidet auch die Schwierigkeiten eines Betriebsrates. Aber das scheint er inzwischen längst vergessen zu haben. Wir könnten noch manches über diesen Herrn sagen, wollen es aber vorläufig dabei bewenden lassen und zum Schluß nur noch bemerken, daß von den Meistern bei der Einstellung die Nazis ganz offen bevorzugt werden. Wir hoffen, daß diese Zeiten hinreichen werden, eine Aenderung herbeizuführen, damit wir nicht gezwungen werden, noch scharfer gegen solche Knobloch-Methoden vorzugehen.

Bolkshain Wer bezahlt?

Anlässlich der letzten Naziverammlung hatte die Stadtverwaltung mit dem Landrat großen Schutz auffahren lassen. Nicht genug, daß man sämtliche Landräger des Kreises herangezogen hatte, man holte auch noch ein Ueberfallkommando Schupo aus Görlitz herbei, welches zurzeit in Liegnitz stationiert ist, um den Proletenmördern genügend Schutz und Hilfe zu leisten, hatte man doch die Sch... parole losgelassen, die Kommunisten unter Führung des Hitler wollen die Naziverammlung sprengen. In Ohnmacht fiel so ein stummer SA-Mann, als zwei vollbesetzte Lastautos vor dem Lokal ankamen. Die Schupo, die im Sitzungssaal des Rathauses lag, kam mit geschwungenem Gummitrippel angefahren. Aber, o Schreck, es waren ja keine Kommunisten, es waren Nazis aus Waldenburg, die in Bolkshain mitschneiden wollten. Zu guter Letzt mußte man sich noch gesagt sein lassen, daß Genosse Hiller überhaupt nicht in Bolkshain war, sondern sich schon tagslang im Kreise Jauer auf Versammlungstour befand. Heil Hitler. Glend blamiert. Wir fragen aber, wer bezahlt diese Polizeikosten? Die Werttätigen aber werden am 14. September ein Kreuz in das Feld 4 machen und den Nazis und ihren Beschützern zeigen, wie sie über diese Pest denken.

Achtung, Wahlversammlungen!

- Mittwoch, den 10. September:**
Altwasser. 19 Uhr „Weißes Roß“. Referent Woggeometer Paul Hoffmann-Berlin.
Weißheim. Ortsteil Hartau. Lokal „Schöne Aussicht“. Referent Alfred Klein. 19,30 Uhr.
Donnerstag, den 11. September:
Weißheim. Ortsteil Konradstal. 19,30 Uhr im „Goldenen Frieden“. Referent Karl Honisch.
Ober-Wüstegiersdorf. 20 Uhr. „Kumpelmühle“. Genosse Jul. Müller Gottesberg. 19 Uhr im „Roß“. Referent R. Schulz.
Freitag, den 12. September:
Weißheim. Ortsteil Neu-Salzbrenna. 19,30 Uhr. „Fischerbrunn“. Referent R. Schulz.
Wüstegiersdorf. 20 Uhr. „Sonne“. Referent August Ulrich.
Althain. 19 Uhr bei Weißler. Referent Jul. Müller.
Bärengrund. 19 Uhr bei Jakob. Referent Beder.
Friedland. 20 Uhr. „Weißes Roß“. Referent Karl Honisch.
Göhlenau. 19 Uhr bei Nische. Referent Fritz Franz.
Gaudorf. 20 Uhr. „Zur guten Nahe“. Josef Sellig.

eindringlichen Worten auf die bedeutende Leistung dieses jungen Staates freier Sozialisten hin, die trotz widerlicher Angriffe geistvoller Weltkapitalisten einen vorbildlichen Staatswesen geschaffen haben. Die Zwischenrufe einiger anwesender Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder gaben dem Redner Veranlassung, auf einige Punkte näher einzugehen. Die Schreier zogen es vor, sich bei der Diskussion in Stillschweigen zu hüllen, da sie nicht in der Lage waren, auch nur ein einziges Argument des Redners zu widerlegen.

Die Ausführungen und das Schlusswort des Redners wurden mit Beifall von den Anwesenden aufgenommen. Die sich nach Schluß der Versammlung entspannende Diskussion zeigte, daß die Ausführungen des Referenten, trotz vorheriger gegenteiliger Meinung, Anklang gefunden hatten.

Große Wahlversammlung in Kokenau

Eine wichtige Wahlversammlung fand hier am Sonnabend mit dem Referat des Genossen Landtagsabgeordneten Wollweber statt. Dem Rufe der kommunistischen Partei waren ungefähr 150 bis 180 Arbeiter und Kleinrentnerbesitzer gefolgt, die einverstanden waren mit den Ausführungen des Referenten. Genosse Wollweber rechnete ab mit der Politik der Nazis, der Sozialdemokraten und der des Zentrums. In kernigen Worten entlarvte er die Politik dieser sogenannten „Arbeiterpartei“. Einige sozialdemokratische Arbeiter bezeugten ihm seine Wahrheiten mit dem Rufe: „Wir sind schon längst gekürrt!“ In der nach der Pause folgenden Diskussion hatte kein Gegner den Mut aufgebracht, sich den Ausführungen des Referenten zu widersetzen. Nach dessen kernigem Schlusswort erreichte die Versammlung mit einem dreifachen „Rot Front!“ ihr Ende, mit einem Erfolg für die hiesige Ortsgruppe. Einige Neuaufnahmen wurden gemacht. Broschüren und Zeitungen wurden umgelegt und für die Rote Hilfe 12 Mark für die Bunzlauer Hinterbliebenen gesammelt.

Die Kokenauer Arbeiterschaft erkennt immer mehr die Verräterpolitik der SPD-Führer und der Nazis und wird am 14. September das Bekenntnis ablegen für die Liste 4, für den Sieg der proletarischen Revolution!

Internationaler Bund. Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit veranstaltete hier am Mittwoch eine Wahlversammlung. Genosse Richter-Liegnitz rechnete ab mit der Politik der Gegner und forderte die Anwesenden auf, ihre Stimme am 14. September nur der Liste 4 zu geben.

Berichte der Jugendtags-Demonstration
sofort einenden. Spätester Termin Mittwoch früh per Post an die Adresse: Karl Schirdewan, Breslau, Weidenburger Str. 16
Die Sitzung der Interessengemeinschaft findet am Mittwoch, den 10. September, in dem Lokal von Wegner, Pfeffergasse 36,

Niederschlesien

Die schlesischen SPD-Abgeordneten in der Front der Mieterfeinde

Wie haben die Löbe, Geppel, Laubadel und Co. gestimmt?

Am 11. März 1930 fand im Reichstag der kommunistische Antrag (Drucksache 1616) zur Abstimmung. In diesem Antrag wird gefordert: „Die gesetzliche Höchstmiete für Mietwohnungen wird durch das Reichsmietengesetz bestimmt und darf 100 v. H. der Friedensmiete nicht übersteigen.“

Im Rahmen dieses Gesetzes regeln die Länder die Miete durch Landesgesetze und können dabei unter der reichsgesetzlichen Miete bleiben.“

Die Abstimmung über diesen Antrag war namentlich. Das Protokoll weist aus, daß gemeinsam mit den Hausbesitzerparteiern folgende sozialdemokratische Abgeordnete unseres Wahlkreises: Frau Anselme, Buchwitz, Feldmann, Girsig, Löbe, Wache, Frau Remik, Geppel, Laubadel, Wandemusch, dagegen gestimmt haben.

So entpuppten sich die wirklichen Schrittmacher der Mieterschere. Wenn jetzt während der Wahl Sozialdemokraten Mieterschuldigkeit mimen, dann muß man ihnen diese Tatsachen ins Gesicht schlendern.

Görlitz

Achtung! Wahlzeit!

Das Stadtgebiet ist zur Reichstagswahl wieder in 61 Stimmbezirke eingeteilt. Der Magistrat gibt das nähere durch Anschlag an den Litzgässchen bekannt. Es sei schon heute darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlzeit diesmal von 8 Uhr bis 17 Uhr dauert, also nicht wie bei den letzten Wahlen bis 15 Uhr. Es wird ferner empfohlen, daß jeder Wähler einen amtlichen Ausweis bei sich führt, z. B. die Anmeldebekanntmachung, eine Versicherungskarte, Paß, Familiennamebuch usw. Stimmzettel werden nur noch bis Freitag, den 12. September, mittags 12 Uhr, im Wahlamt, Rathaus, Eingang Gängenstraße, entgegengenommen.

Ein Betriebsunfall
ereignete sich gestern mittag in der Schokoladenfabrik von Matke u. Sydow. Ein Krst vor kurzem dort in Arbeit getretener Arbeiter aus Görlitz-West stürzte infolge Ausgleitens in einen Kessel mit kochender Schokolade und zog sich schwere Verbürhungen im Gesicht und an den Armen zu. Die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz brachte ihn zum nächsten Arzt und dann ins Krankenhaus.

Liegnitz Die Sorgen des Magistrats

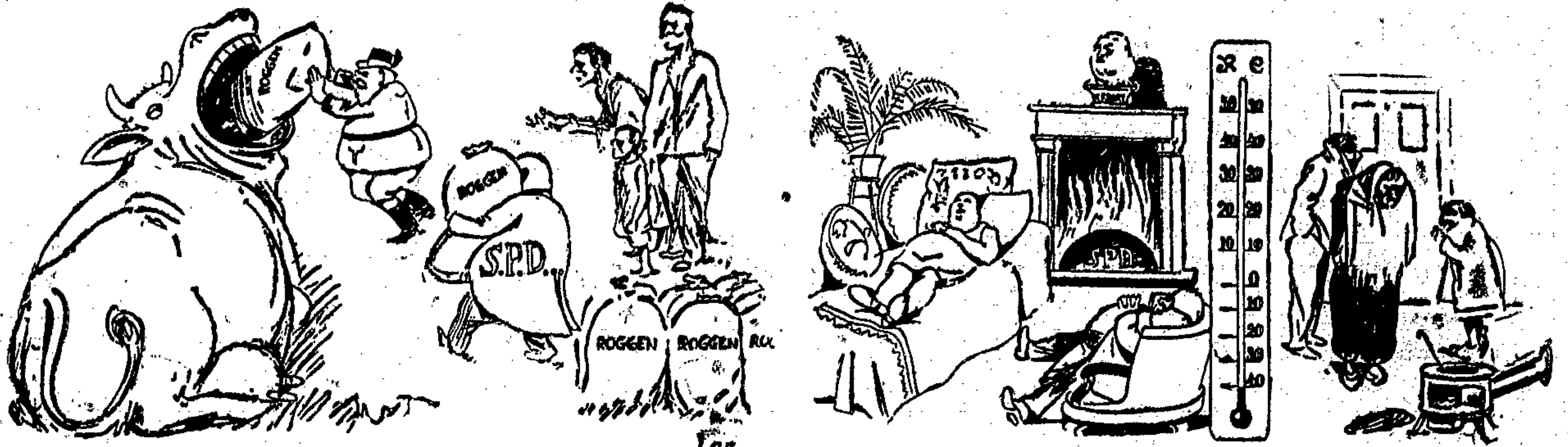
Der Magistrat beabsichtigt, im Erdgeschoss des Stadttheaters ein modernes, großes Theaterrestaurant einzurichten, da sich der bisher im zweiten Stockwerk gelegene Erfrischungstraum als unzureichend erwiesen hat.
Während Tausende Frauen, Männer und Kinder in unserer Stadt Hunger leiden, hat unser Magistrat nichts anderes zu tun, als im Stadttheater ein großes Theaterrestaurant einzurichten, das Zehntausende von Mark wertvoller Steuergelder verschlingen dürfte. Sorgt dafür, daß dieser Magistrat verschwindet. Wählt am 14. September rot, wählt Kommunisten!

Primkenau Gut besuchte Versammlung auch in Petersdorf

Am 6. September sprach Genosse Reimann, Breslau, im benachbarten Petersdorf über das Thema: „Faschismus, Hunger, Krieg oder freies sozialistisches Deutschland.“ Die für die drücklichen Verhältnisse sehr gut besuchte Versammlung nahm den Vortrag des Genossen Reimann mit großem Interesse entgegen. Der Redner sprach in verständlichen Worten, gestützt auf reiches Material, über die politischen Taten der einzelnen Parteien, über die außerordentliche Notlage des gesamten sowie auch vornehmlich des deutschen werktätigen Volkes und der Klein- und Mittelbauern, die durch den unerschöpflichen Kampf des Weltkapitals um die Vorherrschaft in den einzelnen Staaten hervorgerufen wurde. Er rechnete ab mit den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten; die ersten seien heute nicht mehr in der Lage, die Interessen des Proletariats zu vertreten, dies besugeten ihre Politik und ihre Führer, die heute zu Mitteln der Bürgerlichen herabgesunken seien; die letzteren, weil sie eine ausgeprägte Kampfruppe der Kapitalisten seien, von denen sie auch nachweislich unterstützt würden.
Der Redner kam dann auf die Politik der Nazis zu sprechen. Er wies in

Wir kämpfen für Sowjet-Deutschland

Erwerbsloser, die SPD. hat dich verraten!



Der Roggen wird an das Volk veräußert — die Erwerbslosen hungern.

Die SPD-Reichstagsfraktion stimmte gegen Winterbeihilfe für Erwerbslose.

Die Tatsachen klagen an

Angst ist ein schlechter Berater — sagt ein volkstümlicher Spruch. Und das Volk hat auch recht, aus Angst wird manche Dummheit begangen. Am 14. September ist Reichstagswahl, und die SPD. hat es mit der Angst zu tun. Angst vor der Abrechnung der Volksmassen, Angst vor der Wählerkraft, die die Bilanz ziehen wird, die ihre Meinung über den ununterbrochenen Verrat der Sozialdemokratie sagen wird. Besonders der SPD.-Verrat an den Vermittlern der Armen, an den Erwerbslosen, ist es, der den SPD.-Führern in Rechnung gestellt werden wird.

Deshalb versuchen sozialdemokratische Presse und Gewerkschaftszeitungen, mit Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen sich reinzuwaschen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, die klaren und eindeutigen Tatsachen sind die Zeugen für den niederträchtigen Verrat dieser Herren. Die Tatsachen klagen an.

Im Laufe des Winters 1929/30 ließ die sozialdemokratische Koalitionsregierung über 400 000 Tonnen Roggen aufkaufen, um die Preise zu fügen, um das Brot zu verteuern. Die Aktion kostete dem Reich mindestens 70 Millionen Mark. Das Ergebnis dieser Regierungspolitik war, daß das Brot während des ganzen Winters in Deutschland teurer war als in allen anderen Ländern Europas. Im Februar d. J. z. B. kostete ein Brot von

Betriebsarbeiter,

dir wird dein Lohn geraubt.

Erwerbsloser,

dir wird dein Brot geraubt.

Kämpft gemeinsam gegen die Räuber!

vier Pfund in London 8½ Pence, in Rotterdam 7½ Pence, in Paris 6½ Pence, in Brüssel 6 Pence — und in Hamburg 12 Pence.

Große Teile der von der Regierung angesammelten Roggenmassen wurden durch ein chemisches Verfahren mit Absicht entwertet und als Futtermittel auf den Markt gebracht.

Ende März forderte die kommunistische Reichstagsfraktion in einem Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu erfragen, die zur Stützung des Roggenpreises eingelagerten 400 000 Tonnen Roggen sind umgehend der menschlichen Ernährung zuzuführen, und zwar durch unentgeltliche Abgabe von Brot an Erwerbslose, Sozialrentner und sonstige Bedürftige, sowie durch Verabreichung eines ausreichenden Milch- und Brotfrühstücks an alle Kinder dieser notleidenden Bevölkerungskreise.“

Dieser Antrag wurde, laut Vorschlag des Sprechers der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Vorsitzenden des Deutschen Landarbeitervereins, Georg Schmidt, dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. In diesem Ausschuss wurde der kommunistische Antrag von sämtlichen bürgerlichen Parteien und der SPD. abgelehnt.

Vor Weihnachten 1928 und 1929 brachte die kommunistische Reichstagsfraktion mehrere Anträge ein, die eine Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, wie für alle übrigen Fürsorgeberechtigten forderten.

Vor Weihnachten 1929 forderten die Kommunisten für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner eine Winterbeihilfe in Höhe von 30 Mark für die Hauptunterstützungsempfänger und 10 Mark für jeden Unterhaltsberechtigten. Die sozialdemokratische Koalitionsregierung lehnte eine Winterbeihilfe ab, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte geschlossen gegen diesen Antrag. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister und führende Spitzenkandidat der SPD. in Berlin, Wissell, erklärte im Reichstag:

„Im vorigen Jahr (vor Weihnachten 1928. Die Red.) hat sich die Reichsregierung (die sozialdemokratische Koalitionsregierung. Die Red.) gegen die Gewährung von einmaligen Maßnahmen gewandt und sich mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches wie auch der Gemeinden ablehnend verhalten... Bei dieser Sachlage muß ich Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen.“

Sogar die Bürgerblockregierung mußte im Jahre 1927 fünf- undzwanzig Millionen Mark für die Winterbeihilfe einreichen. Die sozialdemokratische Koalitionsregierung, geführt auf den Gewerkschaftsapparat und auf den Apparat der Sozialdemokra-

tischen Partei, konnte ihre Liebesdienste für die Bourgeoisie so weit treiben, daß sie auch auf eine kümmerliche Winterbeihilfe für die Erwerbslosen nicht einging. „Die Finanzlage des Reiches erlaubt das nicht.“ Dieselbe Finanzlage erlaubte aber der sozialdemokratischen Koalitionsregierung, Hunderte von Millionen für die Reichswehr, für den Panzer- und Flugzeugbau, für die Großagrarier, für Subventionen an die Schwerindustrie zu bewilligen. Mögen die Erwerbslosen erfragen, bei Wissell zu Hause ist es auch im strengsten Winter warm und trocken.

Ist Wissell ein Verbrecher?

Die „rote Fahne“ hat unter der Überschrift: „Mühtung, ein Verbrecher!“ das Bild von Wissell gebracht und einige seiner Verbrechen am deutschen werktätigen Volk, besonders an den Erwerbslosen, geschildert. Der „Vorwärts“ ist darauf aus dem Häuschen geraten. Es sei schamlos, die „im Dienste der Arbeiterbewegung ergrauten Arbeiterführer als Verbrecher zu bezeichnen“. Wir wollen hier nur einige Tatsachen aus der „glorreichen Tätigkeit dieses ergrauten Arbeiterführers“ als Reichsarbeitsminister der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Erinnerung bringen:

Am 28. November 1928 brachte Wissell im Reichstag einen „Gesetzentwurf für die Saisonarbeiterfürsorge“ ein, wonach alle Saisonarbeiter nur noch sechs Wochen Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung (statt der bisherigen 28 Wochen) erhalten. Nach Ablauf der sechs Wochen erfolgt eine Bedürftigkeitsprüfung mit dem Zweck, der Mehrzahl der Unterstützten die ganze Unterstützung zu nehmen oder diese Unterstützung auf ein Mindestmaß zu fügen. In der Begründung zu diesem Gesetz wurde selbst angeführt, daß nach dem damaligen Stand der Erwerbslosigkeit etwa 500 000 Arbeitslose durch dieses Gesetz getroffen würden. Der Gesetzentwurf Wissells wurde auch vom Reichstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, und das Ergebnis war, daß sofort, in den Monaten Januar und Februar 1929, 60 000 Erwerbslose nach einer Unterstützungsbauer von sechs Wochen aus der Unterstützung hinausgeworfen wurden.

Ist dieses, Ihr Gesetz, kein Verbrechen, Herr Wissell?

Das Meisterstück des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wissells ist aber sicherlich die sogenannte Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die am 3. Oktober 1929 mit den Stimmen der Sozialdemokraten im Reichstag durchgedrückt wurde. Diese „Reform“ ist schon viele Male behandelt worden, es genügt deshalb, wenn wir hier die Äußerung des Referenten in der Bundesausschuss-Sitzung vom 17. Februar 1930, des Sozialdemokraten Hans Arons, bringen:

„Man unterschätzt, was bereits durch die jüngste gesetzliche Form zutage gebracht worden ist. Der Kreis der Versicherten ist erheblich eingezogen worden. Borgehalten ist schon im Gesetz die veränderte Unterstützungsgewährung an die unständig Beschäftigten und an die Heimarbeiter. Die neue Regelung des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ bedeutet gleichzeitig eine erhebliche Einschränkung des Unterstützungskreises, ebenso die teilweise

Hungertod für 400 000 Erwerbslose

Das neueste „Vierteljahressheft“ des Instituts für Konjunkturforschung — einer Organisation, die nicht besonderer Arbeiterfreundlichkeit verdächtig ist — berichtet:

„Von den 2 770 000 Arbeitslosen, die Ende Juli bei den Arbeitsämtern gezählt wurden, haben etwa 400 000 Erwerbslose überhaupt keine Unterstützung bezogen.“

400 000 Erwerbslose sind demnach, nach den Angaben des bürgerlichen Konjunktur-Instituts, dem Hungertode ausge-

setzt. Das gleiche gilt vom Ausschluß zahlreicher Kleinrentner aus der Unterstützung. Auch die Regelung für die Saisonarbeiter und für die Rentenbezieher bedeutet weitgehende Ersparnisse. Tatsächlich scheint die bisherige Reform vielfach als eine unerträgliche Härte.“

Ist das Raubgesetz vom 3. Oktober 1929, Ihr Reichswert, Herr Wissell, kein Verbrechen?

Wenn man so belästigt ist wie die Sozialdemokratie, dann sucht man faule Ausreden und Anlässe. In einer Berliner Wahlzeitung bringt die SPD. es fertig, eine Ueberschrift über einen Artikel zu setzen: „Kommunisten gegen Arbeitslose.“ Die Kommunisten waren gegen das Gesetz über Arbeitslosenfürsorge vom 7. Juli 1927.

Sowohl, die Kommunisten waren gegen dieses Gesetz. Die Kommunisten, als die einzigen revolutionären Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, haben im Reichstag und außerhalb des Reichstages jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung bekämpft. Das Gesetz vom 7. Juli 1927 brachte eine Reihe radikaler Verschlechterungen und außerdem wurde durch dieses Gesetz — wie die verflochtenen Jahre das sehr klar zeigten — der Boden für eine Kette von ununterbrochenen Raubzügen geschaffen.

Bis zu diesem Gesetz bestand die Arbeitslosenfürsorge, in der eine Anwartschaftszeit (Beschäftigungsdauer) von dreizehn Wochen innerhalb der letzten

Am 10. September

heraus zur Erwerbslosendemonstration!

Am 10. September

marschieren Betriebsarbeiter und Erwerbslose gemeinsam

für Brot, für Freiheit,

für Sowjetdeutschland!

32 Wochen vorgeschrieben war. Die Unterstützungsbauer betrug 62 Wochen.

Nach den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes aber betrug die Anwartschaftszeit 28 Wochen innerhalb des letzten Jahres; sie wurde also verdoppelt und die Unterstützungsbauer nur 26 Wochen, wurde also um die Hälfte gekürzt. Diese beiden Tatsachen allein hätten schon genügt, um der kommunistischen Reichstagsfraktion alle Veranlassung zu geben, das Versicherungsgesetz abzulehnen. Der entscheidende, prinzipielle Grund der Ablehnung durch die Kommunisten besteht jedoch in der Belastung der Versicherten durch die Beitragsleistung. Die Kommunisten, die Erben der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, haben gemäß den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und Sozialistenkongresse der Vorkriegszeit gehandelt. Der Kopenhagener Sozialistenkongress von 1910 faßte folgenden Beschluß:

„Der Kongress fordert von den öffentlichen Gewalten die allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Das Gesetz vom 7. Juli ist im Reichstag mit allen Stimmen von Wissell bis Hugenberg gegen die der Kommunisten angenommen worden. Der deutsche nationale Syndikus Dr. Kademaacher erklärte in der Reichstags-Sitzung am 7. Februar 1927:

„Ich will auf die Einzelheiten dieses Entwurfes nicht weiter eingehen. Ich halte ihn insgesamt, wie ich bereits ausführte, für eine mutige Tat und für einen Schritt, der von jedem Gesichtspunkt aus zu begrüßen ist.“

Und in der Tat: Während im Etat 1927 noch 580 Millionen Mark für die Arbeitslosenfürsorge eingesetzt wurden, wurde der Betrag nach Annahme des Gesetzes im Etat für 1928 auf 125 Millionen gekürzt. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, daß dieses Gesetz einem ununterbrochenen Raubzug Tür und Tor geöffnet hat.

Zuerst waren es der Sozialdemokrat Wissell und seine Ministerkollegen, die Schlag auf Schlag die durch das Gesetz geschaffene breite Möglichkeit, die Arbeitslosen auszunutzen und die Betriebsarbeiter zu belasten, reichlich benutzt haben. Nachdem die sozialdemokratische Regierung ihre Mohrenarbeit getan hatte und aus der Regierung hinausgeworfen wurde, setzte der Bürgerblock diese glorreiche Arbeit weiter fort.

Nur die kommunistische Partei vertritt die Interessen der großen Massen der Erwerbslosen, nur die kommunistische Partei führt den Kampf dieser entrechteten und darbenben Massen!

Sturmabteilungen des Fünfjahresplans

Die Arbeitermassen der Sowjetunion beantworten den Aufruf ihrer Partei mit verdoppelter Aufbauenergie — Parole: Produktionspläne erfüllen und überholen!

Moskau, 8. September. In allen Fabriken, Werken und Betrieben der gesamten Sowjetunion hat die energische Arbeit zur Erfüllung der im Aufruf des ZK der Partei vorgezeichneten Aufgaben eingesetzt. Überall werden auf den Versammlungen der Stützbrigaden und auf Arbeiterversammlungen praktische Maßnahmen ergriffen, die die restlose Durchführung und sogar Überholung der Produktionspläne gewährleisten sollen. In vielen Betrieben hat der Aufruf einen gesteigerten Zustrom der Arbeiter zur Partei ausgelöst.

Die Belegschaft des Leningrader Werkes „Bolschewik“ sprach sich für die Organisation von kommunistischen „Arbeitsjournaden“ in der gesamten Sowjetunion aus, um alle im laufenden Wirtschaftsjahre entstandenen Produktionslücken restlos auszufüllen.

Die Arbeiterversammlung des Betriebes „Pneumatik“ beschloß, außer dem allseitigen Ausbau der bestehenden Stützbrigaden neue „Brigaden des dritten Jahres des Fünfjahresplans“ zu schaffen.

Die jungkommunistischen Facharbeiter des Stalin-Werkes in Leningrad verpflichteten sich, bis zum Ablauf des dritten Jahres des Fünfjahresplans ihre Arbeitsstelle nicht zu wechseln und in der gleichen Wertabteilung zu verbleiben.

Das „Kosmo Putilow-Werk“ beschloß, den Monat September zum Monat der restlosen Erfüllung des Wirtschaftsplanes für das zweite Jahr des Fünfjahresplans zu gestalten.

Das Moskauer „Elektrowerk“ hat den Beschluß gefaßt,

den Jahresplan bis zum 25. September restlos zu erfüllen und die letzten fünf Tage des Wirtschaftsjahres der überprogrammierten Arbeit zu widmen, um den Produktionsplan zu überholen.

In den Kohlenrevieren Sibiriens veranstalteten die Frauen und Töchter der Arbeiter „kommunistische Arbeitsjournaden“, um den Mangel an Arbeitskräften zu beheben und die Produktion zu steigern.

Die Belegschaft der Werft „Marty“ in Odessa beschloß, nach eingehender Prüfung des Produktionsplanes für das dritte Jahr des Fünfjahresplans die von der Betriebsleitung vorgeschlagenen Kontrollkoeffizienten zu erhöhen.

In allen Betrieben der Ukraine hat eine lebhaftere Besprechung des Aufrufes des ZK der KP(U) über die restlose Ausführung des Industrie- und Finanzplanes eingesetzt.

Die Belegschaft der Charkower Elektrowerke führt die ständige Ausführung des Produktionsplanes für August lediglich auf die unzulässige Durchführung der bolschewistischen Arbeitsmethoden des sozialistischen Wettbewerbes und der Stützbrigadenbewegung zurück.

In dem Stützbetrieb „Sowjet Schachtler“ wird ein „Bataillon der roten Garde des Fünfjahresplans“ gebildet, das die Verpflichtung übernimmt, bis zum Ende des Fünfjahresplans im Betriebe zu verbleiben.

Nach eingehender Besprechung in den Werkabteilungen und Brigaden erhöhten die Arbeiter den auf 10 Millionen Rubel veranschlagten Produktionsplan auf 11 800 000 Rubel.

Für den Sieg der Liste 4:

In allen Ländern Rote Wahlhelfer

Das internationale Proletariat unterstützt untern Kampf für Sowjetdeutschland

Je mehr sich der Wahlkampf in Deutschland zuspitzt, um so zahlreicher laufen Zuschriften bei uns ein, in denen Proletarier aus allen Ländern uns ihre Solidarität bekunden und Botschaften für den Wahlsieger der kommunistischen Partei überbringen. In allen Zuschriften wird die Programmklärung der KPD begeistert begrüßt und dem deutschen Proletariat tatkraftige Unterstützung in seinem Kampf um ein Sowjet-Deutschland zugesichert.

Die Stimmen müssen hageln für Liste 4

Von einer Arbeiterin, die der deutschen Delegation zum I. KONGRESS angehört, erhalten wir folgende Zuschrift:

Die sowjetrussischen Arbeiter verfolgen die Ereignisse in Deutschland mit dem größten Interesse und nehmen Anteil am Kampf der deutschen kommunistischen Partei. Das kommt bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck.

In persönlichen Gesprächen fragten uns die russischen Arbeiter und Arbeiterinnen oft, ob unser Einfluß schon stärker geworden ist, und ob wir bei den Wahlen am 14. September Stimmen gewinnen werden. Sie wußten auch von der Programmklärung und freuten sich — darüber hatte die russische Presse geschrieben —, daß die bürgerliche und sozialdemokratische Presse Gift und Galle speit. Das wichtigste ist, sagten sie zu uns, daß wir ein Sowjetdeutschland schaffen, wo wir dann auch das Programm verwirklichen.

Genossen, reißt alle Kräfte zusammen! Der 14. September muß zeigen, daß unser Einfluß gewachsen ist.

Stimmen müssen sprühen und Stimmen müssen hageln für die Liste 4!

Oesterreichs Betriebsarbeiter warnen vor der SPD.

Eine von 350 Arbeitern besuchte KPD-Versammlung in Traiskirchen (Niederösterreich) nahm gegen die Stimmen von nur drei sozialdemokratischen Betriebsräten folgende Begütigung an die deutsche kommunistische Partei an:

„Wir Arbeiter des Gemeindegebietes Traiskirchen-Möllersdorf (Niederösterreich) verfolgen mit größtem Interesse den Wahlkampf der deutschen Arbeiterschaft und begrüßen besonders die revolutionären Arbeiter, die unter der Führung der KPD, die Parole eines Sowjetdeutschland aufgestellt haben.“

Wir warnen euch, den sozialdemokratischen Verrätern eure Stimme zu geben.

Ebenso warnen wir euch vor den Faschisten, diesen größten Feinden der Arbeiterschaft.

Stellt euch hinter die KPD, die einzige Partei, die den Freiheitskampf des deutschen Proletariats organisiert!

Es lebe die KPD!

Es lebe Sowjetdeutschland!“

Schanghai morden 14 Kommunisten

Schanghai, 8. September. In Nanjing wurden in Zusammenhang mit großen revolutionären Aktionen der Arbeiterschaft Massenverhaftungen von Kommunisten vorgenommen. 14 Kommunisten, darunter zwei Frauen, die als Führer der Bewegung hervorgetreten sein sollen, wurden wegen Zugehörigkeit zur verbotenen kommunistischen Partei und wegen Aufwiegelung gegen die Staatsgewalt hingerichtet. In den letzten Wochen wurden hunderte revolutionäre Arbeiter in den Straßen Nanjings gefoltert.

Gorthy hat Pech

Eine mißlungene Polizeiprovokation

Wien, 8. September. Die ungarischen offiziellen Nachrichtenbüros haben am Freitag in alle Welt hinaus telegraphiert, daß der technische Direktor einer Textilfabrik, Paul Földes, der angeblich die kommunistische Demonstration für den 6. September organisiert habe, verhaftet wurde, weil es gelungen sei, ihn als „Haupt der kommunistischen Wahlarbeit“ zu entlarven. Die Budapest-Polizeimeldung besagt weiter:

„... Fabrikdirektor Földes legte ein Geständnis ab und erklärte, daß er im vorigen Jahre von der Moskauer kommunistischen Zentrale dazu aufgefordert wurde, die kommunistische Zellenorganisation in Ungarn aufzubauen. Földes sagte, daß er die Arbeiterschaft mit Waffen versehen und am heutigen Morgen Tag die Sowjetrepublik in Budapest auszurufen wollte. Wie er erklärte, hätte er das auch zuwege bringen können, wenn seine Absichten nicht rechtzeitig aufgedeckt und die Führer der Bewegung nicht in die Hände der Polizei gefallen wären. In der Wohnung von Földes wurde ein chiffrierter Brief Bela Kuns, des früheren ungarischen roten Diktators, gefunden, in dem Kun seine Anerkennung für die guten Ergebnisse ausdrückt, die die organisatorische Arbeit Földes' in Ungarn bis jetzt erzielt habe.“

Jede Zeile dieser Meldung trägt den Stempel der rumänischen Polizei in Bukarest, angefangen von der Moskauer kommunistischen Zentrale, von der Bewaffnung der Arbeiter, über die Ausrufung der Sowjetrepublik in Budapest bis zu dem chiffrierten Brief Bela Kuns.

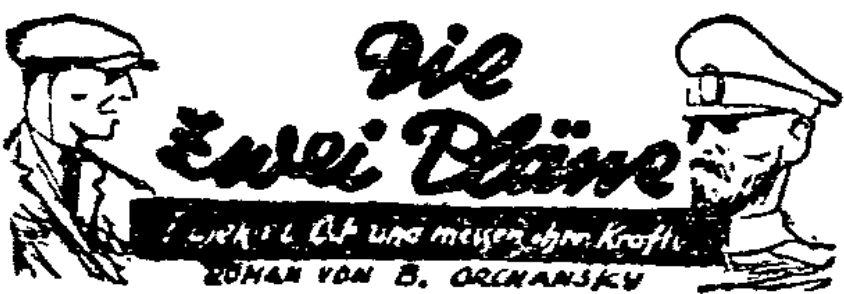
Die kommunistische Partei Ungarns hat zu den gewaltigen Kundgebungen, in denen ihre Parolen befolgt wurden, vor der gesamten Öffentlichkeit Stellung genommen. Sie hat aus ihrer weiteren Arbeit kein Hehl gemacht, aber mit keinem Worte gesagt, daß sie irgend etwas für den 6. September plane.

Die Budapest-Polizei hat angesichts der riesenhaften Massen, die sich ihr entgegenstellten, in den ersten Stunden der Demonstration vollkommen verlagert. Dafür muß sie vor der Bourgeoisie die unangenehmsten Vorwürfe einstecken. Sie möchte nun die Scharte ausweihen und sich das Verdienst erwerben, eine „große“ kommunistische Demonstration im Blute zu erstickend und die Bourgeoisie vor der „Ausrufung der Räterepublik“ zu retten.

Tagung des Zentralkomitees der UdSSR.

Moskau, 8. September. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, wird das für den 28. Oktober zur dritten Tagung einberufene Zentralkomitee den Entwicklungsplan für Volkswirtschaft und Staatsetat 1930/31 überprüfen und einen Plan für die neue Wahlkampagne der Sowjetunion in Verbindung mit der Durchführung der Verwaltungsreform entwerfen.

Ferner wird das Komitee den Bericht des Arbeitskommissariats über die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte und einen Bericht der Regierung über die Entwicklung der Turkmenischen Republik entgegennehmen.



Copyright by Internationaler Arbeiterkampf, Berlin.

61. Fortsetzung.

„Ich befürchte, daß das Verbot ihrer Partei ihr Prestige bei den Arbeitern und besonders bei den Bauern heben könnte.“

„Heute sind sie kompromittiert; versucht man aber, sie zu verhaften, so würden sie die Wärtzer spielen,“ warf ein anderer ein.

„Jawohl, Excellenz, wir haben uns mit den Sozialrevolutionären zu weit eingelassen. Man hätte sie von Anfang an nicht so viel reden lassen sollen. Wir hätten uns das alles ersparen können.“

„Im Gegenteil, ich halte es für richtig. Sie haben viel geschwätzt und sind nun am Ende ihres Lateins. Gerade ich mit meiner Politik habe sie an die Wand gedrückt. Mögen sie nur reden, jetzt sind sie uns absolut ungefährlich,“ antwortete Koltischal, lässig mit den Augen zwinkernd.

„Ungefährlich? Meinen Sie? Und ihre Opposition gegen uns?“

„Ach, General, Sie mühten die Berichte unserer Agenten aus den Betrieben hören — sie machen sich nur lächerlich bei den Arbeitern und rufen Empörung hervor.“

„Das ist ja eben die Sache, durch ihr Auftreten werden die Massen rebellisch. Wir brauchen Ruhe und nochmals Ruhe. Ich weiß, daß ihre konstituierende Versammlung keinen Großen Wert ist, aber schon das Reden darüber taugt nichts.“

„Wir müssen gründlich mit ihnen aufräumen. Man muß sie alle verhaften und die konstituierende Versammlung für aufgelöst erklären. Dann ist ihnen der Wind aus den Segeln genommen.“

„Gut, ich erkläre mich damit einverstanden. Heute nacht werden sie verhaftet, sie und ihre Verbündeten, die Menschewiki.“

„Das wäre also erledigt.“

„Nun, und was gibt es bei Ihnen, wie werden Sie mit den Bolschewiken fertig?“ wandte sich Koltischal an General Wassilitschikoff. „Wann endlich werden Sie ihnen das Handwerk legen?“

„Herr General“, antwortete Wassilitschikoff kühl, „an meiner Arbeit Kritik zu üben, ist etwas billig... Mit einer Kritik an Ihnen, der Sie unsere Armee in diesen Zustand gebracht haben, könnten wir alle, wie wir hier sitzen, kommen. Wir sind so weit gekommen, daß wir schwächer sind als die Bolschewiki. Vor gar nicht langer Zeit waren wir die Mächtigen; wir standen schon vor Kajan... jamohl... wir könnten auch kritisieren, wenn wir nicht verantwortungsbewußt wären.“

„General Wassilitschikoff, vergessen Sie nicht, wo Sie sind. Sie sind hier nicht in der Sahara, die so vortrefflich arbeitet, daß sie nicht einmal fähig ist, ein Häuflein Verbrecher zu beseitigen, die unter ihren Augen ihr Unwesen treiben. Hier wird auf einer anderen Basis... gearbeitet. Vergessen Sie nicht, daß Sie es hier zu tun haben mit —“

Er unterbrach sich und sehte mit erhobener Stimme fort:

„Mit dem Generalstab aller zaristischen Armeen.“

„Wenn das Eindrud machen soll...“

„Was? Also so weit sind schon die Auffässigen vorgebrungen“, rief Koltischal zähneknirschend.

„Ich weiß nicht, wo es mehr Auffässige gibt“, erwiderte Wassilitschikoff in aller Ruhe. „Bei Ihnen wird ja nicht gearbeitet, Ihre Offiziere treiben sich betrunken in den Restaurants herum. Wenn wir uns zurückziehen müssen, werden die Bolschewiki Ihre Offiziere in nicht sehr sauberer Unterwäsche in den Restaurants finden.“

„Ich erlaube nicht, meine Offiziere zu beleidigen. Hier im Generalstab jedenfalls nicht.“

„Und sind wir keine Offiziere? Sind wir nicht Offiziere der kaiserlichen Gendarmen?“

„Sie wissen Ihre Offizierswürde nicht zu wahren. Sie können nicht einmal mit einem Häuflein Verbrecher fertig werden.“

„Ich weiß nicht, wie Sie mit ihnen fertig werden, ich jedenfalls werde fertig. Bei mir entwickelt sich die Arbeit nicht ungünstig. Ich halte bereits alle Fäden der bolschewistischen Organisationen in meiner Hand. Mein Hauptagent Stabandoff hat die Namen aller, aber auch aller Menschewiki außer einem Wären Sie so weit mit der Armee, dann wäre alles gut.“

Ein alter General erhob sich:

„Meine Herren, in dieser schweren Stunde ist es falsch,

Streitigkeiten auszutragen. Wir stehen am Rande des Abgrunds. Die Bolschewiki sind uns auf den Fersen, halb Sibirien mühten wir wieder hergeholt. Wir halten uns hier nur, weil wir keine Panik hervorrufen wollen, wir mühten schon längst den Stab weiter nach hinten verlegen.“

„Die Lage ist sehr ernst“, bestätigte ein anderer General.

„Die Roten haben eine sehr ernst zu nehmende Offensive gegen uns begonnen. Ihr früherer Rückzug war nur ein Manöver, und wir müssen zugeben, daß es ihnen gelungen ist.“

„Es ist ihnen aber auch gelungen, uns in den Rücken zu fallen.“

„Das wäre nicht das Schlimmste. Wir müssen leider zugeben, daß General Wassilitschikoff teilweise recht hat, unsere Offiziere führen ein ausschweifendes Leben.“

„Wenn jemand ein ausschweifendes Leben führt, dann sind es die Gendarmenoffiziere. Sie sind ja alle von den Bolschewiki bestochen...“

„Entschuldigen Sie, Excellenz, ich weiß nicht, wessen Offiziere korrumpierter sind. Wieviel Schiebung mit Futter und Lebensmitteln werden bei der Intendantur gemacht! Darüber wollen wir lieber schweigen. Die Lage ist augenblicklich so bedrohlich, daß wir große Anstrengungen machen müssen, um aus ihr so rasch wie möglich herauszukommen. Wir müssen uns von neuem sammeln und unsere Reihen von korrumpierten Elementen säubern. Einige Erschießungen werden nötig sein.“

„Ich bin nicht sicher, daß das die richtigen Mittel sind. Wahr ist, daß wir außerordentliche Maßnahmen ergreifen müssen.“

„Als erstes müssen wir Schluß mit der Demokratie machen, Schluß mit dem Parlament, Schluß mit den Diskussionen.“

„Das finde ich überflüssig. Die Sozialrevolutionäre stören uns ja nicht. Die besten Agenten der Konterespionage rekrutieren sich aus ihren Reihen. Wenn wir diese Maßnahmen durchführen, dann verliere ich die Hälfte meiner besten Agenten. Noch mehr, ich befürchte, daß unser Plan, an einem Tage alle bolschewistischen Organisationen zu beseitigen, daran scheitern könnte.“

„Wieviel Zeit brauchen Sie noch für die Ausführung dieses Planes?“

„Wenigstens eine Woche.“

„Das ist zu lange. Bis dahin können sich die Sozialrevolutionäre zur Wehr setzen.“